

# ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 1-2012



**THEMA** POLITIK IN DER SCHULDENKRISE

## EUROPA ALS BEUTE

MIT BEITRÄGEN VON SAHRA WAGENKNECHT, ELMAR ALTVATER,  
MARGARITA TSOMOU, LUTZ BRANGSCH UND ANDEREN

**RÜCKBLICK** SYMPOSIUM ZUM SOZIALEN WOHNUNGSBAU

**AUSBLICK** NORDAFRIKANISCHE AKTIVISTINNEN AUF TOUR

**ANALYSE** PROBLEM VERFASSUNGSSCHUTZ

**STUDIENWERK** ZUFRIEDENE STIPENDIATINNEN



Protest gegen Kürzungen  
in Griechenland. Foto: dpa

**IMPRESSUM ROSALUX** — Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Erscheint vierteljährlich. Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse  
und politische Bildung e.V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · Telefon 030 44310-  
130, Fax -122, www.rosalux.de · Schlussredaktion: J. O. Arps, H. Heine (V.i.S.d.P.) · Bild-  
redaktion: E. Heil · Redaktionsschluss: 21.2.2012 · Layout: umbra-dor – visuelle kommu-  
nikation · Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage:  
5.000 Stück auf 100 g Soporset, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichtem Zellstoff  
Bestellungen: K. Malingriaux, Telefon 030 44310-123, Fax -122, malingriaux@rosalux.de  
Printed in Germany, Februar 2012 · ISSN 1864-6794

---

**EDITORIAL** 3

---

**RÜCKBLICK**

Symposium zum sozialen Wohnungsbau	4
Michael Hardt über Subjektivität in der Krise	5
Debatte zum Potenzial von Gemeingütern	5
Konferenz zur Lage der Roma in Europa	6
Workshops zum kommunalen Haushalt für Gemeinderäte	6
Menschenrechtsverletzungen in der Türkei	7
John Holloway im Interview	7

---

**AUSBLICK**

Speakers Tour mit nordafrikanischen AktivistInnen	8
Linke Medienakademie in Berlin	9
Bundesweite Arbeit wird weiter ausgebaut	9

---

**ANALYSE**

Problem Verfassungsschutz	10
Ziviler Ungehorsam – Regelverstoß als Protestform	12
Interview mit chilenischen Aktivistinnen Vallejo und Cariola	13
Afghanistankrieg und die Militarisierung der Gesellschaft	14

---

**THEMA «EUROPA ALS BEUTE»**

Lutz Brangsch über die Profite einer europaweiten Oligarchie	15
«Elite ruiniert EU» – Klaus Sühl im Interview	16
Roland Kulke zur Postdemokratie in Italien und Griechenland	17
Thomas Sablowski über die Krisenfolgen für den Weltmarkt	18
Joachim Bischoff: Mangelnde Kontrolle des Finanzsektors	19
Lutz Pohle über Chinas Interesse an einem starken Euro	21
Ramona Hering zur Internetplattform «Europa Links»	22
Steffen Kühne über die wütende Protestgeneration	22
Was von Europa übrig bleibt – Ausblicke von Sahra	
Wagenknecht, Elmar Altvater und Margarita Tsomou	24/25
Publikationen und Veranstaltungen zur Krise/Glossar	24/25

---

**STUDIENWERK**

Seminarprogramm für StipendiatInnen erhält gute Noten	26
Ehemaligentreffen in Prag	27
Stipendiatin Elisabeth Omonga über ihre Förderung	28

---

**INTERNATIONALES**

Eindrücke von den Protesten gegen Putin in Moskau	29
«Das rote Exil» – Sammelband in Havanna vorgestellt	30
Konferenz zum 100-jährigen Bestehen des ANC	30
Nach den Wahlen in Ägypten	31

---

**STIFTUNG**

Mitgliederversammlung traf sich in Berlin	32
Fair gehandelter Kaffee aus Kooperativen	33

---

**LESENSWERT**

Buchbesprechung: «Kriegsverrat» von J. Korte und D. Heilig	34
Stiftung auf der Buchmesse Mitte März in Leipzig	35

---



Heinz Vietze

Florian Weis

## LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

viele Themen, die in der RosaLux behandelt werden, haben eine langfristige Bedeutung, aber nicht alle sind unbedingt tagespolitisch brisant. Deshalb werden Sie in diesem Heft zum Thema «Wulff und Gauck» nichts finden – vielleicht eine angenehme Abwechslung von der Berichterstattungsflut. Das Thema «Europa», das ohne «Krise» derzeit kaum gedacht werden kann, ist beides: sehr aktuell und von grundlegender Bedeutung. Zunehmend ist die Europa- und Krisenfrage mit einer umfassenden Demokratiethematik verbunden. In einem Wikipedia-Eintrag zum Stichwort «Postdemokratie» wird die Definition des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch zitiert: «Ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.»

Postdemokratische Verhältnisse sind dort wie folgt definiert: «Postdemokratie bezeichnet ein politisches System, in dem es nicht auf die Beteiligung der Bürger, sondern nur auf Ergebnisse ankommt, die dem Allgemeinwohl dienen und dem Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit genügen. Die gewählten Repräsentanten verlagern dabei ihre Kompetenzen auf Experten, Kommissionen und Wirtschaftsunternehmen. Der Bürger wird nicht als der Souverän betrachtet, in dessen Auftrag entschieden werden muss, sondern der befähigt werden muss, den vorgegebenen Anforderungen des Allgemeinwohls, meist verstanden als die Bedingungen des globalen Marktes, gerecht zu werden.»

Nun fällt es schwer, das Wort «Verteilungsgerechtigkeit» mit den Diktaten, die Griechenland auferlegt werden, in Verbindung zu bringen. Dennoch ist Griechenland ein verheerendes Lehrstück sowohl für eine zweite, besonders aggressive Welle neoliberaler Wirtschafts-

und Sozialpolitik, als auch für die Preisgabe jener parlamentarischen Demokratie, die bürgerliche PolitikerInnen lange Zeit so hochgehalten haben. Aus linker Sicht ist diese parlamentarische Demokratie mit manchen Defiziten – bei sozialen Rechten oder Basisbeteiligung – verbunden. Derzeit erleben wir aber eine Gefährdung dieser Demokratieform in neuer Qualität. Wer jetzt «Europa spricht Deutsch» formuliert, wer Griechenland einen Staatskommissar vorsezen will, wer den griechischen Parteien eine Verpflichtung zur Einhaltung der jetzigen Regierungspolitik unabhängig vom Wahlausgang auferlegen möchte, wer den gewählten Institutionen dort die Kontrolle über ihren Haushalt entziehen will, der gefährdet die Demokratie in einer Weise, wie es wirkliche oder vermeintliche «Extremisten» kaum könnten. Vielleicht ist den Staatskommissar-VerfechterInnen nicht bewusst, dass ein solcher im Juli 1932 unter Hindenburg und Papen in Preußen gegen eine demokratische Regierung eingesetzt wurde. Vielleicht wissen sie auch nicht, dass der Anspruch auf parlamentarische Kontrolle über die Staatsfinanzen ein Ausgangspunkt sowohl des englischen Bürgerkriegs im 17. wie des amerikanischen Unabhängigkeitskampfes des 18. Jahrhunderts war.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist sich der Verantwortung, die sich aus den historischen Leistungen der Arbeiter- und anderer linker Bewegungen für die Demokratie ergeben, ebenso bewusst wie der Verbrechen, die vor allem in einem stalinistisch-autoritären «Sozialismus» geschahen. Die Verteidigung und Rückgewinnung der parlamentarischen Demokratie und der Ausbau Europas zu einer solidarischen, sozialen und demokratischen Union ist uns daher ein elementares Anliegen. Solidarität mit den Menschen in Griechenland, nicht deutsche Dominanz, ist eine wirklich europäische Antwort.

**HEINZ VIETZE IST VORSTANDSVORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

**VERNETZT UND ZUGEHÖRT** Immer mehr Angebote der Rosa-Luxemburg-Stiftung finden sich in den sozialen Netzwerken im Internet. Auf der Audioplattform SoundCloud ([www.soundcloud.com/rosaluxstiftung](http://www.soundcloud.com/rosaluxstiftung)) können Veranstaltungen wie die «Luxemburg Lecture» und Podcasts von Publikationen wie «Ist die ganze Welt bald pleite?» nachgehört und kommentiert werden. Bilderalben zu Veranstaltungen, Ausstellungen und prominenten Gästen lassen sich unter [www.flickr.com/rosalux](http://www.flickr.com/rosalux) ansehen und herunterladen, Videos unter [www.youtube.com/rosaluxstiftung](http://www.youtube.com/rosaluxstiftung) betrachten. Vertreten ist die Stiftung jetzt auch bei Google+, wo sie bereits mit mehr als 100 «Kreisen» vernetzt ist ([www.gplus.to/rosalux](http://www.gplus.to/rosalux)). Das Facebook-Profil findet Gefallen bei mehr als 4.000 NutzerInnen ([www.facebook.com/rosaluxstiftung](http://www.facebook.com/rosaluxstiftung)). Und klar, gezwitschert wird auch: [www.twitter.com/rosaluxstiftung](http://www.twitter.com/rosaluxstiftung) ;o)



Sozialbau der Architektengruppe Elemental in Chile. Die Idee: kostengünstige Basisbauten, die die BewohnerInnen selbst erweitern. Foto: Cristobal Palma

THOMAS FLIERL

# GRÖßER STATT WEG

ARCHITEKTURSYMPOSIUM ZUR «WOHNUNG FÜR DAS EXISTENZMINIMUM»

**Für einen neuen Zugang zur Wohnungsfrage bietet Berlin beste Voraussetzungen: Die Wohnsiedlungen der 1920er Jahre und der Großsiedlungsbau nach 1945 in Ost und West markieren zwei Epochen des sozialen Wohnungsbaus. Mit der Wiederentdeckung der «historischen» Innenstadt bei gleichzeitigem Abbau sozialstaatlicher Regulierung seit 1990 ist nun auch in Berlin der Prozess der Gentrifizierung in Gang gekommen.**

Das Wohnen in Berlin wird teurer. Die extrem hohe Umzugsrate führt zur sozial-räumlichen Spaltung der Stadt. Zugleich hat sich in Berlin eine junge Architektenszene angesiedelt, die an eigenen Wohn- und Hausprojekten neue Strategien erkundend, Zugänge zu gesellschaftspolitischen Grundfragen entwickelt. So war es ein glücklicher Umstand, dass mit Ilka und Andreas Ruby zwei KuratorInnen das Angebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgriffen, das legendäre Thema der «Wohnung für das Existenzminimum» des CIAM-Kongresses von 1929 in einem internationalen Symposium zu konzeptualisieren. Der Internationale Kongress Moderne Architektur CIAM hatte zwischen 1928 und 1959 führenden europäischen ArchitektInnen als Ort des Austauschs über eine zeitgemäße Architektur und Stadtplanung gedient. Ilka und Andreas Ruby brachten nun erneut ArchitektInnen zusammen, die neue kostengünstige Wohntypologien entwickeln – nicht mehr als Siedlung am Rande der Stadt oder als neue Stadt, sondern als Weiterbau, als Transformation bestehender Strukturen. Zwei Tage lang war das Berliner Hebbel-Theater gefüllt mit Menschen, die den Analysen und Projektpräsentationen der Architekten-KollegInnen aus aller Welt gespannt folgten. Das Verhältnis von Architektur und Politik,

die Eigentumsfrage und die Bodenpolitik, das Verhältnis von staatlicher Regulierung und bauenden Initiative von unten waren Gegenstand der Debatte. Als der Moderator in den Raum fragte, ob wir nicht eine Revolution der Verhältnisse brauchten, um die Wohnungsfrage sozial und ästhetisch erträglich zu lösen, lag der Hauch der Revolte im Theaterraum.

Glücklicherweise musste sich das Symposium nicht auf ein Programm einigen. Die Projekte markierten die anregende Spannweite des heutigen Denkens. Da ging es von der provokanten Idee der Eigentumswohnung für Hartz-IV-EmpfängerInnen, über Projekte, die in informellen Siedlungen eine Kombination von Vorfertigung serieller Wohneinheiten mit Aus- und Weiterbau durch die BewohnerInnen selbst erproben, bis zu neuen genossenschaftlichen und syndikalistischen Bau- und Wohnungsmodellen. Grandios das französische Projekt, für den Abriss vorgesehene Sozialwohnungsbauten im Bestand mit den BewohnerInnen zu vergrößern statt abzureißen – und dies war auch noch die kostengünstigere und ökologisch sinnvollere Variante. Für Berlin, das in den nächsten Jahren 30.000 neue Sozialwohnungen errichten will, ließen sich viele Anregungen ableiten. Der Entwicklung neuer Wohnformen, die allen gleich gute Lebensbedingungen und gleichzeitig Chance zur Individualisierung geben, geht die Frage voraus, wie wollen wir leben? Min to max war ein Lehrstück konkreten Denkens. Die «Wohnung für das Existenzminimum» bleibt ein uneingelöstes Versprechen der Moderne. Unter [www.min2max.org](http://www.min2max.org) gibt es zusätzliche Informationen.

**THOMAS FLIERL IST VORSITZENDER DER HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG BEI DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

RAINER RILLING

# VIER GLORREICHE HALUNKEN

MICHAEL HARDT ENTWIRFT FIGUREN DER SUBJEKTIVITÄT IN DER KRISE

«What to do with a crisis?» Wird die Überschrift zu Michael Hardts Luxemburg Lecture am 12. Dezember 2011 im Grünen Salon der Berliner Volksbühne übersetzt als «Was fängt man mit einer Krise an?», dann wird recht locker unterstellt, man könne ein globales Ereignis wie die Krise des Finanzmarktkapitalismus womöglich grundsätzlich überwinden. Das wirft die Frage nach dem Subjekt auf – und danach, was Krisen mit diesen anstellen.

Michael Hardt von der US-amerikanischen Duke University zufolge wird die aktuelle Gesellschaftskrise von vier Figuren der Subjektivität begleitet: den «Verschuldeten», denen, die durch die Medien instrumentalisiert werden («Mediatisierte»), den Subjekten und Objekten von Sicherheitsregimen («Sekurisierte») und schließlich den «Repräsentierten», die sich nicht selbst vertreten, sondern für die jemand spricht. Die Analyse dieser sozialen Figuren verband er mit der Frage nach ihren rebellischen Potenzialen.

Verschuldung ist im Finanzmarktkapitalismus nachgerade universell und unvermeidlich geworden: Hochschulbesuch, Wohnen, Konsum gehen auf Kredit. Das Verhältnis der Verschuldung schließt die Ungleichheit ein, zwischen KreditgeberIn und -nehmerIn. Hier geht es nicht um den «gleichen Austausch», der das Verhältnis kapitalistischer Ausbeutung maskiert. Verschuldung macht Ungleichheit wieder sichtbar: «We are the 99 %». Das Verhältnis der Verschuldung steht für Hardt im Zentrum der Neukonfigurierung des Sozialen in

der Krise – es trete als gesellschaftlich verallgemeinertes neben das Ausbeutungsverhältnis. Damit fokussiert er auf eine Sozialbeziehung, die vor allem in den USA seit den frühen 1980ern eine wachsende Rolle spielt. Auch in der Bundesrepublik ist auffällig, dass hundertfach von Schuldenbremsen, kaum aber von Verschuldeten die Rede ist.

Hardt entwickelte dann weitere Subjektivierungstendenzen in der Krise: die zunehmende Integration der Medien in unser Leben, die unsere unmittelbaren Erfahrungen ausdünn; die Sekurisierung, die Menschen zu InsassInnen eines Sicherheits- und Überwachungsregimes macht und zugleich verlangt, dass sie die Rolle des Bewachers spielen. Endlich den Einschluss durch Repräsentation, der mit einer Trennung von bedeutungsvollen Entscheidungen einhergeht. Mediatisierung, die Ausbreitung eines Klimas der Angst und die Korruption der repräsentativen Demokratie sind freilich Momente, die lange vor der aktuellen Krise ihre Dynamik erhielten. All diese Momente aber treffen in der Krise auf ihre Verkehrung: Verschuldung und Schuldzuschreibung werden verweigert; andere, nicht (oder kritisch) mediatisierte Kommunikationsformen entstehen; die Sicherheitsregime sind mit Fluchtbewegungen konfrontiert. Und den Trennungen der Repräsentation wird eine andere Demokratie entgegen gestellt: «Ihr repräsentiert uns nicht!»

RAINER RILLING IST RESEARCH FELLOW DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MARKUS EUSKIRCHEN

# VON COMMONS UND KOMMIES

EINE TAGUNG DISKUTIERT DAS POLITISCHE POTENZIAL VON GEMEINGÜTERN

Im Dezember 2011 tagte das PPG-Netzwerk in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. PPG steht für Privatisierung, Public Goods – Öffentliche Güter. An die 50 Interessierte diskutierten über Commons – Gemeingüter.

Brigitte Kratzwald aus Graz plädierte dafür, Commons als strategischen Diskurs mit allen Ambivalenzen zu verstehen. Commons könnten dazu dienen, den Kapitalismus zu reparieren, könnten aber auch Ausgangspunkt für eine zukünftige Produktionsweise sein. Rainer Rilling argumentierte, für das «Öffentliche» einzutreten bedeute, Eigentums- und Sozialbeziehungen, Unternehmen, Güter, Räume so zu gestalten, dass sie durch die Ausrichtung auf allgemeine Interessen, das Gemeinwohl, die ungleiche Verteilung von Ressourcen in der Gesellschaft und die ungleiche Verteilung politischer Güter (Teilhabe, Zugang) mindern und ihr Arrangement demokratisieren. Das Schlüsselement einer solchen Transformationsstrategie, ein linkes Staatskonzept, fehle jedoch. Mike Nagler brachte in seinem Vortrag «Commons und Kommune» Erfahrungen aus der Leipziger Kommunalpolitik in die Debatte ein. Stefan Meretz von keimform.de skizzierte «Commons als Grundlage einer neuen Produktionsweise».

Der zweite Teil des Tages fand in Diskussionsgruppen statt. Am ersten Tisch wurde über die widersprüchliche Rolle der Commons im

Kapitalismus debattiert: Die Gemeingüter seien Keimform einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft. Der Nachbartisch erörterte die Gefahr, dass Gemeingüter zum Innovationsmotor eines Öko-Kapitalismus werden könnten. Einer solchen Entwicklung ließe sich am ehesten vorbeugen, indem der Commons-Diskurs mit Herrschaftskritik und einer systemverändernden Perspektive verbunden werde. Auch die Frage, ob mit den bestehenden profitorientierten Produktionsstrukturen ein gesellschaftliches Transformationsprojekt überhaupt denkbar sei, sorgte für Diskussionen. Von großer Bedeutung sei es, Prozesse zu dezentralisieren. Für Bereiche, in denen zentrale Organisation unvermeidbar ist, böten Arbeitsrotation und Automatisierung Möglichkeiten, einseitigen Abhängigkeiten und Machtmissbrauch vorzubeugen. Bei der Suche nach Wegen, Gemeingüter zu stärken, war die Auseinandersetzung mit der Rolle der Partei Die LINKE bemerkenswert. Sie sei im Dualismus von Markt und Staat befangen, so dass ihr etwa bei der Frage der Rekommunalisierung immer nur die Wiederverstaatlichung einfallte, kritisierte ein Teilnehmer. Auf der Webseite [www.who-owns-the-world.org](http://www.who-owns-the-world.org) finden sich Debattenbeiträge und Diskussionsprotokolle des Workshops.

MARKUS EUSKIRCHEN IST INTERNETREDAKTEUR AM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

KORAY YILMAZ-GÜNAY

# OPFER OFFENER GEWALT

TAGUNG KRITISIERT DISKRIMINIERUNG VON ROMA IN EUROPA

**Im April 2011 initiierte die Europäische Union Maßnahmen, die die Situation der Roma-Minderheiten in den Mitgliedstaaten verbessern sollen. Diese Maßnahmen zielen vor allem auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Wohnen/öffentliche Versorgungsnetze und Arbeit. Unter anderem müssen die EU Mitgliedsstaaten nun bis 2020 jährlich über Fortschritte bei der «Integration» der Roma in diesen Bereichen berichten.**

Gemeinsam mit den Fraktionen der LINKEN im Europäischen Parlament, im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 10. Dezember 2011 die internationale Tagung «Willkommen zuhause? – Die Situation der Roma in der EU». Roma-Organisationen aus zahlreichen Ländern nahmen teil. Vor dem Hintergrund der neuen Maßnahmen widmete sich die Tagung der Situation der Roma-Minderheiten in den einzelnen Staaten sowie der Frage nach Handlungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren. Dabei wurde deutlich, dass die Roma-Minderheiten entgegen der gängigen Wahrnehmung nicht nur in ost- und südosteuropäischen Ländern mit Problemen zu kämpfen haben. Auch wenn das Thema erst durch die EU-Erweiterung auf die Agenda kam, berichteten auch die Organisationen aus mittel- und westeuropäischen Ländern von offener und verdeckter Diskriminierung und Gewalt, etwa bei den Abschiebungen aus Frankreich oder der Bun-

desrepublik. Deshalb erstaunt es nicht, dass die Bundesregierung in ihrem ersten Bericht an die Europäische Kommission jenseits guter Absichten nicht viel zu berichten hat. Weil bevölkerungsstatistische und sozioökonomische Daten über die Situation der Roma-Minderheit nicht existieren, werden Ausschlüsse beim Zugang zu Arbeit und Bildung nicht wahrgenommen und Maßnahmen, die den Zugang verbessern könnten, als nicht machbar eingestuft. Dabei zeigt eine Studie von Daniel Strauß aus dem Jahr 2011, dass gerade im Bildungsbereich und selbst in Bezug auf die seit 1997 als nationale Minderheit anerkannten deutschen Sinti und Roma eklatanter Handlungsbedarf besteht.

Darüber hinaus – das machten die Diskussionen auf der Tagung deutlich – müssen Maßnahmen den je nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus etc. unterschiedlichen Lebensbedingungen innerhalb der Minderheiten gerecht werden. Die Roma-Zivilgesellschaft steht bereit. Es wird darum gehen, gemeinsam mit ihr eine breite Aufmerksamkeit und viel politischen Druck aufzubauen, um elementare Grundrechte zu gewährleisten. Die Studie von Daniel Strauß ist unter [www.stiftung-evz.de](http://www.stiftung-evz.de) auf der Webseite der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft abrufbar.

**KORAY YILMAZ-GÜNAY IST REFERENT FÜR MIGRATION IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

JULIA KILLET

# WOHIN GEHT DAS GANZE GELD

WORKSHOPS ZUR HAUSHALTSPOLITIK FÜR LINKE STADTRÄTINNEN

**Der «Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik», erklärt Heiko Hilker. Der Referent tourt derzeit durch Deutschland, um linken StadträtInnen Tipps und Tricks für die Haushaltsberatungen zu geben.**

Hilker blickt auf langjährige Erfahrung zurück: 15 Jahre war er Abgeordneter im Sächsischen Landtag, zehn Jahre Vorsitzender der Döbelner Kreistagsfraktion. In seiner Landtagsfraktion erarbeitete er federführend einen «Alternativen Haushalt», der zeigte, wie Geld entsprechend der eigenen politischen Prioritäten umverteilt werden kann. Auf Haushaltsdebatten haben nur wenige PolitikerInnen Lust. Denn um qualifiziert mitreden zu können, sind bis zu 1.000 Seiten starke Haushaltspläne zu studieren, die aus Zahlenkolonnen, Tabellen und Erklärungen bestehen. Diese dicken Haushaltsbücher kann man nicht wie literarische Wälzer lesen. Das Haushalt-Lesen will gelernt sein. Dabei geht es nicht nur darum, dass die laut Gemeindeordnung vorgegebenen Formalia eingehalten werden. «Am Haushalt kann man erkennen, welche Politik in der Stadt gemacht wird», erklärt Hilker. In seinem Praxisworkshop für StadträtInnen und kommunalpolitisch Interessierte vermittelt er, wie eigene Alternativen in den Haushaltszahlen deutlich und öffentlich gemacht werden können. Es gehe darum, die Haushaltsdebatten transparent zu gestalten und schon in den Ausschüssen sowie im Stadtrat mit

eigenen Ideen aufzutreten. Manchmal versuchen BürgermeisterInnen, dem Ganzen ein einiges Zeitkorsett zu geben. Qualifizierte Mitsprache oder Diskussionen sind so kaum möglich. Es will gelernt sein auch die Geschäfts- bzw. Gemeindeordnung für sein Interesse zu nutzen. «Wichtig ist es, Fragen zu stellen. Schließlich muss sich ja die/der BürgermeisterIn etwas dabei gedacht haben, wenn Mittel aufgestockt oder gekürzt werden», so Hilker. Durch Fragen erfahre man oftmals mehr als in Diskussionen.

Interesse für eine kritische Haushaltsberatung zeigten StadträtInnen aus Ingolstadt, Schweinfurt und Würzburg, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern eingeladen wurden. Heiko Hilker hatte deren Haushaltspläne vorab durchgearbeitet. Sie lagen mit vielen gelben Klebezetteln versehen auf dem Tisch. So vermittelte Heiko Hilker an konkreten Beispielen Unterschiede im Herangehen der einzelnen Städte, verwies auf neue Tendenzen wie auch fehlerhafte Darstellungen. Für die TeilnehmerInnen war es ein erster, wichtiger Schritt. Sie verließen den Workshop mit einigen Antworten auf die Frage, wie sie in der Haushaltsdebatte alternativ agieren können – und mit vielen konkreten Fragen an ihreN BürgermeisterIn zum Haushalt.

**JULIA KILLET LEITET DAS REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MÜNCHEN**



ANNA WEBER

# DEMOKRATIE HINTER GITTERN

IN DER TÜRKEI WERDEN MENSCHENRECHTE SYSTEMATISCH MISSACHTET

**Die Türkei gilt in Teilen der deutschen Öffentlichkeit als Vorbild für die Vereinbarkeit von islamischem Glauben und einer parlamentarischen Demokratie. Dagegen sprechen die Erfahrungen mit Menschenrechtsverletzungen.**

Von ihnen berichtete Medeni Kırıcı von der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) im Dezember 2011 in der Stiftung in Berlin. Seit Frühjahr 2009 wurden mehr als 8.000 Menschen in der Türkei festgenommen, unter ihnen PolitikerInnen, JournalistInnen, Anwälte, GewerkschafterInnen und AktivistInnen aus sozialen Bewegungen. Besonders häufig trifft es Menschen aus kurdischen Familien. Die BDP ist vor allem im Süden und Südosten der Türkei stark vertreten. Als Partei, Bewegungsakteurin und Ansprechpartnerin vieler KurdInnen ist sie von staatlicher Verfolgung besonders betroffen. «Inzwischen sind nicht mehr viele von uns in Freiheit», resümierte Kırıcı. Die BDP-Vorgängerin hatte noch bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2009 die Mehrheit in 101 Kommunen gewonnen. Wenige Monate später wurde sie verboten. Die offene Liste der BDP gewann 36 Sitze bei den Parlamentswahlen 2009 und fordert, dass eine Wahrheitskommission im Stile Südafrikas die Geschichte der Repression seit Gründung des türkischen Staates aufarbeitet.

Zeitgleich zu Kırıcıs Deutschland-Besuch startete die Kampagne «Demokratie hinter Gittern», die sich für Menschenrechte in der Türkei einsetzt. Auch sie sieht in der jüngsten Verhaftungswelle eine neue Dimension. Juristisch möglich würden die Verhaftungen durch das Anti-Terrorgesetz. Keiner der Verhafteten werde beschuldigt, sich an Gewalttaten zu beteiligen, erklärte ein Vertreter der Kampagne. Die Vorwürfe reichten vom kommunalpolitischen Engagement und der Mitarbeit in Stadtviertelräten über den Einsatz für eine Friedenslösung durch den Dialog aller Beteiligten bis zum Engagement für muttersprachlichen Unterricht. Da auch die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans PKK für solche Ziele eintrete, werde auch jede legale politische Betätigung in diesem Sinne als Terrorunterstützung ausgelegt. Die Türkei trete die Rechte der politischen Opposition mit Füßen, lautete des Fazit von Nick Brauns vom Bündnis «Tatort Kurdistan». Der BDP-Politiker Kırıcı erhoffte sich bessere Bedingungen für eine demokratische Lösung der Kurdenfrage durch einen EU-Beitritt der Türkei. Im EU-Fortschrittsbericht werde jedoch die Situation der KurdInnen allein unter Aspekten politischer Individualrechte behandelt, so Kırıcı. Das Bestreben nach einer demokratischen Autonomie und kollektiven Rechten, wie sie die BDP fordert, finde hingegen kein Gehör. Kırıcı wehrte sich dagegen, die Frage Kurdistans als Entwicklungsproblem zu interpretieren, weil dies die vielen sozialen, kulturellen und politischen Kämpfe entpolitisiere. Unter [demokratiehintergittern.blogspot.de](http://demokratiehintergittern.blogspot.de) und [www.rosalux.de/documentation/44929](http://www.rosalux.de/documentation/44929) gibt es zusätzliche Informationen.

ANNA WEBER IST EHEMALIGE STIPENDIATIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND STUDIERT ETHNOLOGIE, POLITIKWISSENSCHAFT UND PSYCHOLOGIE AN DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

# «ÜBERALL BRÜCHE UND RISSE»

JOHN HOLLOWAY ÜBER DIE KRISE DES KAPITALS UND DEN ANGRIFF AUF DAS GELD

**John Holloway ist Politologe und lehrt in Puebla/Mexiko. Im Dezember 2011 hielt er an der Berliner Humboldt-Universität vor 400 ZuhörerInnen eine Luxemburg Lecture.**

**Du sagst, die Krise sind wir. Wie meinst du das?**

**Holloway** Das Kapital ist ein beständiger Angriff auf die Menschen. Dem Kapitalismus wohnt eine Dynamik inne, die besagt: Was auch immer du tust, du musst es schneller tun. Schneller arbeiten, schneller studieren. Aber immer wieder kommen wir an einen Punkt, an dem wir nicht schneller können oder wollen. Also sagen wir «Nein». Auf diese Schranke trifft das Kapital. Deswegen denke ich, dass wir die Krise sind. Wir sollten stolz darauf sein, die Krise eines Systems zu sein, das die Menschheit zerstört.

**Wie äußert sich das «Nein», die Auflehnung?**

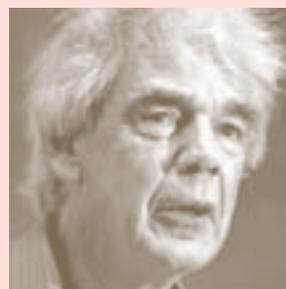
**Holloway** In einer Demonstration etwa. Aber auch in all den kleinen Verweigerungen und Aktivitäten, in denen wir eine Lebensweise mit einer menschlicheren Logik zu finden versuchen. Diese Brüche und Risse kann man überall sehen. Mitunter sind es bewusste Entscheidungen, dass wir etwas Anderes erschaffen wollen – eine ökologische Gemeinschaft auf dem Land oder ein autonomes Zentrum. Aber die Menschen werden auch zu neuen Formen der Solidarität gedrängt, weil sie anders nicht überleben können. Dann bauen sie zum Beispiel Gemeindegärten auf und kämpfen zusammen. Die Krise bedeutet einen Zusammenbruch der kapitalistischen Art und Weise, Sachen zu tun.

**Immer mehr Lebensaspekte werden in die kapitalistische Verwertung integriert. Das soll sich jetzt ändern?**

**Holloway** Der Kapitalismus wird immer versuchen, die Rebellion wieder zu integrieren. Ich schätze, wir verfügen über zwei Antworten: Einmal müssen wir uns schneller bewegen. Wir können nicht stillstehen und zulassen, dass wir institutionalisiert werden. Zweitens müssen wir den Angriff auf das Herz des Kapitals vornehmen: das Geld. In Griechenland, Italien und Portugal sehen wir, dass der Angriff des Kapitals im Geld seinen Ausdruck findet. Solange wir diese Herrschaft akzeptieren, wird vielleicht alles, was wir tun, wieder integriert.

**Was können wir dagegen tun?**

**Holloway** Viele Menschen versuchen das bereits auf unterschiedliche Weise. Wir müssen uns diese Experimente ansehen und nach Wegen suchen, sie zu verbinden. Das Gefühl, dass die Versorgung mit Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie nicht über Geld vermittelt sein darf, ist weit verbreitet. Hier müssen wir ansetzen.



John Holloway

DAS GESPRÄCH FÜHRTE DAS MEDIENKOLLEKTIV LEFTVISION (WWW.LEFTVISION.DE). ÜBERSETZUNG: LARS STUBBE



Oktober 2011: Trauermarsch für einen zu Tode gefolterten Aktivistin in Kairo. Foto: Maggie Osama/Flickr

MALTE DANILJUK

## TAHRIR ON TOUR

DIE ARBEIT DES DACHPROJEKTS INTERNATIONALE POLITIK NIMMT FAHRT AUF

**Im Dezember 2010 probte die tunesische Stadt Sidi Bouzid den Aufstand gegen sozialen Ausschluss und Unterdrückung. Damals ahnte niemand, was die Proteste auslösen würden.**

Die Besetzung des Kairoer Tahrir-Platzes im Januar 2011 war dann der Auftakt einer Protestwelle, die viele Länder der arabischen Welt erfasste. Im März 2012, ein gutes Jahr nach dem Beginn der «Arabellion», berichten AktivistInnen aus Ägypten und Tunesien auf einer Speakers Tour über die Umwälzungen in ihren Ländern. Vom 12. bis 16. März wird Massoud Romdhani, der Vizepräsident der tunesischen Liga für Menschenrechte, in Berlin, Leipzig, München, Mannheim und Saarbrücken über seine Bilanz des vergangenen Jahres sprechen. Vom 19. bis 24. März folgen Veranstaltungen mit Akram Youssef von der Alliance of Progressive Youth of the Revolution, einer Oppositionsgruppe aus Kairo, in Frankfurt am Main, Mainz, Fulda, Paderborn, Hamburg und Jena. Angefragt für die Tour sind zudem Elham Al Kassir, eine Menschenrechtsaktivistin aus Ägypten, und Meriem Zghidi von der Tunisian Association of Democratic Women.

Die Speakers Tour, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit Attac organisiert, ist – ebenso wie die Rundreise chilenischer StudierendenaktivistInnen im Februar (siehe Interview Seite 13) – eine Initiative des Dachprojekts «International denken, lokal handeln». Ziel des Dachprojekts ist es, innerhalb der Stiftung sowie in Zusammenarbeit mit KooperationspartnerInnen die Arbeit zum Thema Internationale Politik in Deutschland enger zu koordinieren und sie nach außen stärker sichtbar zu machen.

Erfolgreich entwickelten sich insbesondere die regionalen Arbeitskreise, zu denen die Regionalreferate nun zweimal im Jahr AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und JournalistInnen einladen. Nach

dem Arbeitskreis Lateinamerika gründeten sich 2011 die Arbeitskreise Türkei sowie Ost-, Mittel- und Südosteuropa. Das Dachprojekt hat die Fähigkeit verbessert, auf aktuelle Erfordernisse zu reagieren. Zahlreiche Übersetzungen, kleine Veröffentlichungen und Veranstaltungen wurden im Rahmen des Dachprojekts angeregt. Teilweise flossen die Ergebnisse unmittelbar in Publikationen wie Standpunkte International ein. Ebenso konnten erstmals mehrere Hintergrundgespräche, etwa mit dem ecuadorianischen Politiker Alberto Acosta, aus Mitteln des Dachprojekts realisiert werden. Im Bereich der Kooperation mit inländischen PartnerInnen fanden etwa die Einweihung eines Lumumba-Denkmal in Leipzig und die Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag der Pogrome in Hoyerswerda statt. Außerdem unterstützte das Dachprojekt die internationale Konferenz gegen den Afghanistan-Krieg. Im Jahr 2012 bilden zwei bundesweiten Rundreisen den Auftakt. Außerdem sollen die Publikationen des ZID neu strukturiert und die Debatte um einen internationalistischen Zugang zur Entwicklungspolitik ergänzt werden.

**MALTE DANILJUK IST REFERENT FÜR INTERNATIONALE POLITIK UND SOZIALE BEWEGUNGEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

---

**LEFT FORUM** Vom 16. bis 18. März findet in New York City das Left Forum statt. Zu der Konferenz der US-Linken werden auch in diesem Jahr Tausende AktivistInnen erwartet. Der Kongress steht im Zeichen der Protestbewegung gegen die Finanzwelt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist Mitveranstalterin und beteiligt sich mit mehreren Podien, unter anderem zu Occupy und zur Klimapolitik. Unter [www.rosalux.de/news/38156](http://www.rosalux.de/news/38156) gibt es mehr Infos.

---

CHRISTOPH NITZ

# WEITERBILDUNG UND DEBATTE

MEDIENAKADEMIE DISKUTIERT SCHNITTSTELLEN VON MEDIEN UND GESELLSCHAFT

**Die Linke Medienakademie (LiMA) ist einer der größten Medienkongresse in Deutschland. Debattieren, vernetzen, weiterbilden – das ist die Kernidee.**

Die LiMA gibt Menschen, die sich politisch links von Union und FDP sehen, journalistisches Rüstzeug an die Hand. Sie sollen lernen, gut und klug Betriebs-, Partei- oder Lokalzeitungen zu machen. Angefangen hat alles 2002 mit einem Workshop des Parteivorstandes der damaligen PDS. Zwölf ZeitungsmacherInnen saßen in einem kleinen Raum zusammen. 2004 fand dann die erste LiMA-Wochenendakademie statt. «Die technische Ausstattung war imponierend», schrieb damals das PDS-Mitgliedermagazin Disput, «zehn Rechner standen zur Verfügung, und die Vorträge wurden mittels Videobeamer an die Wand geworfen.» Inzwischen stellt die Linke Medienakademie e.V. jedes Jahr den größten linksalternativen Medienkongress Deutschlands mit über 1.000 TeilnehmerInnen auf die Beine. Seit fünf Jahren unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung den Verein. Die LiMA12 greift die Trends Digitalisierung und Multi-Kommunikation auf und diskutiert die Schnittstellen zwischen Kultur, Medien und Gesellschaft. Dabei sind es drei Erkenntnisse, die die LiMA mit dem «Schnittstellen»-Thema zu einer Alternative in der Reihe der Medienkongresse machen. Erstens: An Schnittstellen entsteht echter Dialog. Zweitens: An Schnittstellen entstehen Lösungen. Und drittens:

Mit der Anzahl von Schnittstellen wächst politische Macht. An allen Tagen des Kongresses finden Vorträge und Diskussionen im Rahmen der LiMA-Arena statt; jeder ist einem anderen Schwerpunkt gewidmet: Der Mittwoch gehört dem Thema Rechtsextremismus, am Donnerstag steht die globale Jugendbewegung im Mittelpunkt, Freitag geht es um gewerkschaftliche Themen und Samstag um digitale. Der Sonntag bietet Raum für Crossover-Projekte zum den Themen Gender, Musik und Aktionskunst.

Zweiter großer Baustein ist die LiMA-Werkstatt. Sie bietet über 200 Workshops für AnfängerInnen, Fortgeschrittene und Profis: Wie schreibt man eine Pressemitteilung, wie einen Förderantrag? Was sind die Möglichkeiten von Creative Commons? Wie entsteht ein übersichtliches Layout? Ein gutes Foto? Ein Radiobeitrag, dem man auch zuhört? Die Workshops bieten MedienmacherInnen Wissen und Handwerkszeug in allen Sparten. Wer zum ersten Mal den Kongress besucht, kann sich leicht an der Farbmarkierung für die Workshops orientieren und je nach eigenen Vorkenntnissen Basis-, Aufbau- oder Prokurse belegen. Rechtzeitige Anmeldung wird empfohlen. Für die LiMA-Arena ist keine Anmeldung nötig, der Besitz eines Tickets genügt. Unter [www.lima12.de](http://www.lima12.de) gibt es mehr Infos.

**CHRISTOPH NITZ IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DES VEREINS LINKE MEDIENAKADEMIE (LIMA)**

LUTZ KIRSCHNER/GERD-RÜDIGER STEPHAN

# RAUS AUS BERLIN

EIN AUSBLICK AUF DIE BUNDESWEIT GEPLANTEN VERANSTALTUNGEN 2012

**Die Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Geschäftsstellen der Landesstiftungen haben 2011 erneut ein interessantes und umfangreiches Angebot politischer Bildung präsentiert. Insgesamt gab es 2.000 Veranstaltungen mit mehr als 70.000 TeilnehmerInnen.**

Veranstaltungen im Bereich Geschichte/Zeitgeschichte liegen weiter an der Spitze, gefolgt von Kultur-, Wissenschafts- und Bildungspolitik, Antifaschismus/ Antirassismus, Gesellschaftstheorie und Philosophie, Internationaler Politik sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik. Leider gelang es 2011 noch nicht, die Höhepunkte auch regional zu platzieren, zu vieles fand in Berlin statt. Dies soll 2012 anders werden. Geplant ist als besonderes Veranstaltungsformat ein Ratschlag «Linke bewegen...»; angedacht sind drei oder vier Veranstaltungen in den Bundesländern im zweiten und dritten Quartal 2012. Hier sollen Akteure aus Gewerkschaften, NGOs und Initiativen zu Wort kommen und sich vernetzen. Außerdem sind Dialog-Foren im Rahmen des Projekts «Lasst uns über Alternativen reden» vorgesehen. Vier halbtägige Einzelveranstaltungen werden öffentliche Aufmerksamkeit für linke Reformprojekte erzeugen.

Zu den Büchern «Kriegsverrat» von Dominic Heilig und Jan Korte und «Mit reinem Gewissen. Wehrmachtrichter in der Bundesrepublik und ihre Opfer» von Joachim Perels und Wolfram Wette sind in

mehreren Bundesländern Abendveranstaltungen geplant. Viele Landesstiftungen bereiten Aktivitäten mit besonderer Ausstrahlung vor. Der Kurt-Eisner-Verein Bayern wird im August 2012 an die erfolgreichen Frauen-Sommerakademien von 2010 und 2011 anknüpfen. In Bremen beginnt im Februar ein Lektürekurs «Karl Marx: Das Kapital»; in Kassel setzen zwei Tagesseminare die Reihe «Die RLS spricht Türkisch – Bilinguale politische Bildungsangebote» fort. In Niedersachsen bleibt die Auseinandersetzung mit dem Neonazismus aktuell: Die Stiftung will hier die Vernetzung lokaler Geschichtsinitiativen durch eine Tagung unterstützen. Von Schleswig-Holstein aus soll in mehreren Großstädten mit deutschen und türkischen PublizistInnen diskutiert werden. Das Projekt «Sinti und Roma im Raum Leipzig – eine Geschichte von Ausgrenzung, Deportation und Vernichtung» wird in Sachsen mit Seminaren und einer Publikation realisiert. Die Landesstiftungen in Sachsen-Anhalt und Brandenburg bereiten für September 2012 eine gemeinsame Konferenz zum 20. Jahrestag des Elbe- und zum 15. Jahrestag des Oder-Hochwassers vor. Schließlich soll im zweiten Halbjahr in acht Bundesländern die «Linke Medienakademie regional» stattfinden.

**GERD-RÜDIGER STEPHAN IST LEITER DES BEREICHS BUNDESWEITE ARBEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. LUTZ KIRSCHNER IST STELLVERTRETENDER BEREICHSLEITER**



Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, hinter seinem Dienstherrn, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Foto: dpa

FRIEDRICH BURSCHEL

# PROBLEM VERFASSUNGSSCHUTZ

NACH DEM NSU-SKANDAL MUSS DER INLANDSGEHEIMDIENST ABGESCHAFFT WERDEN

«Ich habe momentan keinen Anhaltspunkt für ein offensichtliches Versagen von Bundesbehörden», lässt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am 21. Januar 2012 die Öffentlichkeit via den Fernsehsender n-tv wissen.

Er sehe keine Pannen, ergänzt er. Was man nach den ungeheuerlichen Enthüllungen seit dem Tod der Nazi-Mörder Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos vom so genannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) mit Blick insbesondere auf den Verfassungsschutz für eine bodenlose Frechheit halten möchte, trifft in Wahrheit den Kern des Problems. Es hat in dieser Affäre keine Pannen, kein Versagen, keine Schlaperei und kein Aus-dem-Ruder-Laufen des «Verfassungsschutz» genannten Inlandsgeheimdienstes gegeben. Weder hat er versagt, noch ist er «ballaballa» (Gregor Gysi) oder «außer Rand und Band» (Klaus Ernst). Der Dienst – zu dem genau genommen neben dem Bundesamt auch die 16 Landesämter gezählt werden müssen – hat vielmehr genau so funktioniert, wie er konzipiert und gedacht ist. Er ist nicht nur Teil des Problems, sondern als Systemfehler dessen Kern. Die einzige Frage, die sich nach dem ganzen Schlamassel noch stellt, lautet: Wie kann man den Verfassungsschutz, wenn man ihn schon nicht abschaffen kann oder will, kaltstellen, eindampfen und unschädlich machen?

Die Geschichte der Behörde, die Anfang der 1950er Jahre zum Schutze der bundesdeutschen Verfassung gegründet wurde, ist eine Geschichte haarsträubender Skandale. Der Geist, den das Amt von Anfang an atmete, war der eines geradezu pathologischen An-

tikommunismus, den die Gründungsfiguren völlig unbeschadet aus der Zeit des Nationalsozialismus hinüberretten konnten. Einige der «Frontkämpfer bei der Bekämpfung des Staatsfeindes», wie Friedrich-Vorgänger Hermann Höcherl (CSU), NSDAP-Mitglied seit 1931 und von 1961 bis 1965 deutscher Innenminister, sie nannte, kamen direkt aus dem Terrorapparat des Dritten Reichs. Der erste Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Albert Ratke, war zuvor Verbindungsoffizier beim Amt Ausland/Abwehr beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW), dort für die Verbindung zur Gestapo zuständig und an der Deportation von JüdInnen aus dem besetzten Tschechien und der Slowakei beteiligt. Richard Gerken, Verfassungsschutzmitarbeiter der ersten Stunde, kam aus demselben Laden und hatte sich mit der Verfolgung und Ermordung von AntifaschistInnen in den Niederlanden einen Namen gemacht. Als SS-Hauptsturmführer wechselte er 1944/45 zur Gegnerforschung und -bekämpfung in Himmlers Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Diese beiden holten sich Nazis wie den Oberregierungsrat Erich Wenger ins Amt: Wenger war 1933 der NSDAP beigetreten und Angehöriger der «Leibstandarte Adolf Hitler» unter dem NS-Massenmörder Sepp Dietrich. Er wechselte 1935 zur Berliner Gestapo, dann ins RSHA, wo er den Rang eines SS-Hauptsturmführers bekleidete. Während des Krieges war er an der Pariser Botschaft Verbindungsmann zu den Mörderbanden des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei und tat sich bei der Partisanenbekämpfung auch persönlich hervor.

Diese Liste ließe sich um weitere ehemalige SS-Hauptsturmführer und andere NS-Emporkömmlinge fortsetzen. Das geistige Inventar in den Köpfen dieser gewendeten Geheimdienstmitarbeiter war mit der hysterischen Stimmung des Kalten Krieges durchaus kompatibel und kann als so etwas wie das Erbmaterial derjenigen Behörden betrachtet werden, mit deren «Pannen» wir heute konfrontiert sind. Zu den zum Teil bis heute nicht lückenlos aufgeklärten bisweilen mörderischen Eskapaden, Vertuschungen und Verharmlosungen des Verfassungsschutzes gehören der Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus in Berlin im Jahr 1969, für den der Verfassungsschutz durch seinen Spitzel Peter Urbach den Sprengstoff lieferte; der Mord an Ulrich Schmücker, einem V-Mann des Verfassungsschutzes in der linken Szene Westberlins, von 1974; das hartnäckig einem Einzeltäter zugeschriebene Oktoberfest-Attentat 1980 in München; das Celler Loch 1978, ein Sprengstoffanschlag auf die JVA Celle, den VS-Leute verübten, um einen Informanten in den Reihen der RAF zu platzieren. Und das sind nur die haarsträubendsten Fälle.

---

## **«Es hat den Anschein, als würden die Dienste aus den Skandalen der Vergangenheit noch Kapital schlagen.»**

---

In einem niederschmetternden Artikel hat Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung mit dem Verfassungsschutz in seiner gegenwärtigen Erscheinung und historischen Entwicklung aufgeräumt: «Als 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde, begann die große wilde Zeit des Verfassungsschutzes: KPD-Mitglieder, die im KZ gesessen hatten, wurden von Verfassungsschützern, die Nazis gewesen waren, zur Strecke gebracht.» Prantl erwähnt in dem Beitrag die Spiegelaffäre, den Radikalenerlass, die Flick-Affäre, Die Anti-Atom-Proteste in Brokdorf und Wackersdorf, das rassistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen 1992 und die über 150 seit der Wende von Nazis ermordeten Menschen – für all diese Ereignisse macht er den Verfassungsschutz mitverantwortlich: «Der Verfassungsschutz war nicht da, und er war nicht dort, wo man ihn brauchte. Was hat er getan? Er hat Hunderte V-Leute in der Neonazi-Szene finanziert, um zu erfahren, was sich in dieser Szene tut. Erfahren hat er offenbar wenig. Das ist schon schlimm genug. Noch schlimmer wäre es, wenn er etwas erfahren, aber nichts dagegen getan hätte.» (Süddeutsche Zeitung, 7.1.2012)

Und doch hat es momentan den Anschein, als würden die so als «Gefahr für die Verfassung» (Prantl) oder «überflüssig» (z.B. Christian Bommarius in der Berliner Zeitung) apostrophierten Dienste aus diesen Skandalen noch Kapital schlagen. Musste jemand zurücktreten, wird irgendjemand zur Verantwortung gezogen? Zwar rauscht der Blätterwald nach wie vor, wenn es um die Sex, Blood & Crime Story des «Zwickauer Nazi-Trios» geht, aber die notwendige Frage nach der Zukunft einer solchen, im Grunde nicht erst seit dem NSU-Skandal untragbaren Geheimbehörde ist nur noch selten zu hören. Stattdessen wird der Apparat noch mit einem, datenschutzrechtlich wieder höchst problematischen «Abwehrzentrum gegen Rechtsex-

tremismus» belohnt und die Trennung von Geheimdienst und Polizei aufgeweicht, die ja gerade eine Konsequenz aus der NS-Katastrophe war. Und die allfälligen SicherheitsfanatikerInnen sind seit Beginn der NSU-Affäre Anfang November 2012 buchstäblich bereit, für die Vorratsdatenspeicherung und erweiterte Überwachungsmöglichkeiten über Leichen zu gehen, nämlich über die der Opfer des Naziterrors. Ungehemmt fordern sie die Speicherung von Internet- und Telefonverbindungsdaten – als ob die Ermittlungen gegen die Täter der rechten Mordserie damit erfolgreicher verlaufen wären.

Mit dem Erscheinen der nächsten Verfassungsschutzberichte, üblicherweise im März, werden die SicherheitspolitikerInnen zur Tagesordnung übergehen. Dann kann die denunziatorische Debatte darüber munter weitergehen, welche kleine linke Initiative sich an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vergreifen will; dann wird der VS unbeeindruckt damit fortfahren, eine Kultur des Verdachts zu befeuern, die dem Freund-Feind-Schema der gerade Mächtigen entspricht. Zu seinen Opfern zählen viele Initiativen und Gruppen, die sich gegen Nazis und Rassismus engagieren, etwa das Projekt Mittendrin in Neuruppin/Brandenburg, das antifaschistische a.i.d.a.-Archiv in München, das sich – obwohl es inzwischen mehrfach vor Gericht gegen das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz zumindest teilweise Recht bekommen hat – seit 2009 im Verfassungsschutzbericht des Freistaates wiederfindet, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), die Partei Die Linke, missliebige Personen wie der ehrenamtliche Bremer Verfassungsrichter und Rechtsanwalt Rolf Gössner oder der Theresienstadt-Überlebende Ernst Grube und viele andere mehr.

Aber auch staatlich geförderte (Modell-)Projekte gegen Nazis, zivilgesellschaftliche Initiativen, mobile Beratungsteams und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt werden wohl weiter mit der «Extremismus-Klausel» von Familienministerin Schröder drangsaliert und auf Linie gezwungen werden. Der Verfassungsschutz wird auch weiter seine Offensive auf dem Gebiet der Politischen Bildung vortragen und von Schule zu Schule tingeln.

Nachdem bekannt wurde, wie tief der Geheimdienst in die Mordserie des «Nationalsozialistischen Untergrunds» verstrickt war, sollten Initiativen gegen das Treiben des Verfassungsschutzes neuen Auftrieb bekommen. Argumente sind genug gewechselt, jetzt wäre es an der Zeit, politisch, gesellschaftlich, parlamentarisch und auf der Straße gegen die (Inlands-)Geheimdienste vorzugehen.

**FRIEDRICH BURSCHEL IST REFERENT FÜR NEONAZISMUS UND STRUKTUREN/ IDEOLOGIEN DER UNGLEICHWERTIGKEIT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

---

**RECHTE & TERROR** Mit der Rolle der Sicherheitsbehörden im NSU-Skandal beschäftigte sich eine Veranstaltung der Reihe «Politik Aktuell». Unter der Leitfrage «Unterschätzt oder unterstützt?» diskutierten im Dezember 2011 in Berlin Malte Daniljuk von der Stiftung, Martina Renner (DIE LINKE. Thüringen) und Sönke Hilbrans (Republikanischer AnwaltInnenverein). Ein Videomitschnitt ist unter [www.rosalux.de/event/44926](http://www.rosalux.de/event/44926) verfügbar. Zudem erinnerte eine musikalische Lesung mit AutorInnen des Erzählbands «Kaltland» ebenfalls in Berlin an die Schattenseiten der deutschen Einheit. Dabei standen die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) im Mittelpunkt. Im Januar 2012 wurde das Buch auch in Kiel und Flensburg vorgestellt.

---



Staatsgelder für sich arbeiten lassen – ein Kerngedanke beim zivilen Ungehorsam, hier beim Castortransport 2011. Foto: Mark Mühlhaus/attenzione

TADZIO MÜLLER

# NEUER ZIVILER UNGEHORSAM

WELTWEIT GREIFT DER REGELVERSTOSS ALS PROTESTFORM UM SICH

**Ob in Madrid oder Madison, Manhattan oder Metzingen, in der aktuellen Krise des neoliberalen Kapitalismus hat der kollektive Regelbruch Hochkonjunktur.**

Endlich, so scheint es, entwickeln sich (wieder) linke Aktionsformen, die dem Ausmaß des Angriffs von rechts und von oben zumindest ansatzweise angemessen sind. Endlich werden von links wieder die Regeln des Spiels infrage gestellt, in dem wir, solange wir uns an diese halten, nur verlieren können. Dies ist der eine, globale Kontext. Aus dieser Perspektive macht es durchaus Sinn, die Proteste in Heiligendamm und Dresden, ebenso wie die geplanten Krisenaktionstage in Frankfurt am Main, in eine Reihe mit den Protesten in den USA und Spanien, vielleicht sogar denen in Ägypten und Tunesien zu stellen. Das Besondere an der deutschen Diskussion besteht darin, diese Formen des kollektiven Regelbruchs explizit in die Tradition des «zivilen Ungehorsams» einzureihen. Dies führt zu zweierlei Diskussionen: einer darüber, ob Aktionen wie Block G8, Castor Schottern oder Dresden Nazifrei «wirklich» Aktionen zivilen Ungehorsams seien; einer zweiten, interessanteren darüber, worin der strategische Nutzen liegt, diese Aktionsformen in die Kategorie «zivilen Ungehorsam» einzuordnen.

Ein Blick zurück in die Geschichte: In den 1980er und 1990er Jahren verliefen tiefe Gräben durch die sozialen Bewegungen der Bundesrepublik. «Militante» und «Gewaltfreie» standen sich oft unversöhnlich gegenüber. Als nach den großen Protesten der 1970er und frühen

1980er Jahre der Spielraum für widerständige Aktionen immer mehr schrumpfte, belebte das gewaltfreie Spektrum den alten Begriff des zivilen Ungehorsams. Er sollte kollektiven Regelbrüchen die nötige Legitimation verschaffen – auch in einer Zeit, in der die Widersprüche in der Gesellschaft relativ befriedet waren. Zu den erfolgreichsten Projekten, die aus diesem Gedanken entstanden, gehören zweifelsohne die Blockaden des Castortransports nach Gorleben von x-tausendmalquer (XTQ). Sie bauten auf einer besonderen Tradition der Straßen- und Schienenblockaden im Wendland auf und schienen, als sie 1997 zum ersten Mal erprobt wurden, einen Weg jenseits von grünalternativer Latschdemo und militantem Straßenkampf zu weisen. Schon 1999, bei den Protesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Köln, waren die Gräben wieder deutlich sichtbar. Die verschiedenen linken Spektren brachten getrennt voneinander ihre jeweils eigene Basis auf die Straße. Der Aufstieg der globalisierungskritischen Bewegung mit ihren ungehorsamen Aktionen bei den großen Gipfeltreffen in Seattle, Prag oder Genua – versinnbildlicht von den italienischen Disobbedienti («Ungehorsamen») in weißen Overalls – schien wieder Raum für kollektive Regelbrüche zu öffnen.

Doch der Sommer der Anarchie war kurz: Die heftige Polizeirepression in Genua und die politische Umarmung der Bewegung durch die Make-Poverty-History-Kampagne der britischen Regierung beim G8-Gipfel im schottischen Gleneagles trugen dazu bei, die neuen Handlungsräume wieder zu schließen. Die verfeinerten Tech-

# «SOZIALABBAU NICHT ZULASSEN»

AKTIVISTINNEN DER STUDENTEN-  
PROTESTE ZU GAST IN DEUTSCHLAND

**Camila Vallejo (23) und Karol Cariola (24) waren im Februar auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Gewerkschaft GEW auf Vortragsreise in der Bundesrepublik. Begleitet von Jorge Murua vom Gewerkschaftsdachverband CUT, sprachen sie in zehn Städten vor insgesamt rund 3.000 ZuhörerInnen. Cariola ist Generalsekretärin des Kommunistischen Jugendverbandes, Vallejo ist Vize-Präsidentin der Studentenvereinigung der Universität von Chile (FECh).**

Was sind Eure Eindrücke von der Reise?

**Karol:** Chile galt vielen als Vorzeigeökonomie. Die Leute waren zum Teil erstaunt, wenn sie hörten, wie viele Grausamkeiten das chilenische System hervorbringt. Viele denken, Europa und Chile sind sich sehr ähnlich. Aber in Europa ist das Niveau der Armut viel kleiner, die Ungleichheit findet einen anderen Ausdruck. Aber es stimmt, der modus operandi der Modelle ist ähnlich. Und die Krise des Kapitalismus drückt sich in allen Teilen der Welt als De-Humanisierung aus. Wir wollten von Chile erzählen, damit die Menschen in Europa nicht zulassen, dass soziale Rechte und Garantien abgebaut werden.

Die Bewegung in Chile fordert umfassende Reformen. Die Regierung aber blockt ab. Wie sehen die Strategien für das Jahr 2012 aus?

**Karol:** Wir werden nicht das gleiche Niveau von Mobilisierungen auf der Straße sehen wie 2011. Jetzt geht es um Reflexion, wir müssen die organischen Elemente stärken, die entstanden sind, wie den nationalen Tisch, an dem Studenten, Gewerkschafter und Arbeiter, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, indigene Organisationen und Kleinunternehmer zusammen sitzen, oder die Stadtteilbewegungen. Es wird einen großen Kongress von CUT und des Studierendenverbandes Confech geben. Die Regierung wird versuchen, mit einem neuen Gesetz die Mechanismen zur Mobilisierung und die Anführer der Bewegungen zu kriminalisieren.

Wie viel Gefahr birgt eine Personifizierung der Proteste?

**Camila:** Die Rechte dominiert über Unternehmerverbände die größten Medien im Land. Also werden die Medien benutzt, um sich auf oberflächliche Phänomene zu stürzen. Anführer sind notwendig, um die Ideen einer Bewegung zu übermitteln. Aber dass die Personifizierung so stark voran getrieben wird, beunruhigt uns. Es wird so viel leichter, Dinge zu banalisieren und zu manipulieren.

Aber die Bewegung hat nicht mit mir angefangen, sie wird auch nicht beendet sein, wenn ich weg bin.

**DAS INTERVIEW FÜHRTE  
EVA VÖLPEL**



Camilla Vallejo und Karol Cariola  
Foto: Mar del Sur

nologien der Kooptierung ebenso wie der Repression machten Gleagles zu einer Ohnmachtserfahrung für die Protestbewegungen. Das war der Ausgangspunkt für die Kampagne Block G8. Sie wollte das Erlebnis der Ohnmacht in sein Gegenteil verkehren.

Block G8 war ein faszinierendes Projekt: Es baute auf der Zusammenarbeit unterschiedlicher Spektren, auf den Aktionserfahrungen und -konzepten der autonomen wie gewaltfreien Bewegung auf. So sollte die Kampagne einer Eskalationslogik entgehen und Handlungsfähigkeit auch unter den Bedingungen massiver Polizeipräsenz und -gewalt herstellen. Ähnlich wie bei XTQ ein Jahrzehnt zuvor setzte Block G8 genau an der Grenze dessen an, was bisher für legitim gehalten wurde. So wurde eine neue Form des Regelbruchs (relativ eskalationsfreie Massenblockaden bei Gipfeln) möglich. Seit Heiligendamm reihen sich immer neue Aktionen in den Kanon des «neuen zivilen Ungehorsams» ein, vor allem in Dresden und im Wendland – und bald wohl auch in Frankfurt, wo im Mai 2012 große ungehorsame Krisenproteste geplant sind. Wie schon bei Block G8 wird hier eine Aktionsform weiterentwickelt, die vom «klassischen», gewaltfreien zivilen Ungehorsam viel gelernt hat. Doch es gibt auch Unterschiede. Zum Beispiel wird nicht darauf bestanden, dass alle TeilnehmerInnen der Aktion ihr Gesicht zeigen. Und es ist akzeptabel, sich gegen Polizeibrutalität zu schützen.

Diese praktischen Unterschiede beziehen sich auf unterschiedliche Begründungen des begangenen Regelbruchs: Während der klassische zivile Ungehorsam sich als Korrektiv einer im Prinzip gerechten Gesellschaft sieht, versteht sich der «neue» Ungehorsam als radikale Transformationsstrategie, die die gesellschaftlich gesetzten Grenzen für Protest immer weiter verschieben will. Es wäre nun ein Leichtes, die Ansätze gegeneinander auszuspielen. Interessanter ist aber ein anderer Punkt: Ganz gleich, ob «klassischer» oder «neuer» ziviler Ungehorsam – strategisch geht es beiden um das Gleiche, nämlich darum, in den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen für immer mehr Menschen neue Formen des Regelbruchs möglich zu machen. Die Unterschiede zwischen beiden Ansätzen sind unter diesem Blickwinkel weniger das Resultat tiefer inhaltlicher Differenzen, sondern der Tatsache geschuldet, dass sie zu unterschiedlichen Zeiten an unterschiedlichen Orten dasselbe versuchten: Menschen in die Lage zu versetzen, die Regeln des kapitalistischen (oder rassistischen oder sexistischen) Alltagswahnsinns zu brechen.

Angesichts der Angriffe auf die Lebensbedingungen der meisten Menschen und angesichts der Dringlichkeit kraftvoller Antworten sollte die gesellschaftliche und politische Linke diese Gemeinsamkeiten im Blick behalten – und nicht die Trennlinien betonen. Dann könnten sich die Mai-Proteste in «Mainhattan» in die Liste der oben genannten Erfolge einreihen.

**TADZIO MÜLLER FORSCHT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ZU KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK UND HAT IN VERSCHIEDENEN KAMPAGNEN ZIVILEN UNGEHORSAMS MITGEWIRKT**

---

**UNGEHORSAM!** 350 Menschen kamen Ende Januar zur Konferenz «Ungehorsam! Disobedience!» nach Dresden. Mit dabei: AktivistInnen aus Griechenland, Ägypten, Syrien, Chile und den USA, aber auch örtliche Antifa-Netzwerke, die von den Protesten gegen den Dresdener Naziaufmarsch berichteten. Eingeladen hatten die Stiftung und PartnerInnen aus den linken Bewegungen. Unter [www.rosalux.de/event/45153](http://www.rosalux.de/event/45153) ist der Kongress dokumentiert.

---

HEIKE HÄNSEL

# OCCUPY PEACE

DER AFGHANISTANKRIEG HAT DIE GESELLSCHAFT MILITARISIERT

**Als Anfang Dezember 2011 in Bonn mit großer medialer Inszenierung die Afghanistankonferenz stattfand, war diese bereits gescheitert. Pakistan hatte seine Teilnahme abgesagt und damit gegen die Tötung 20 pakistanischer Soldaten durch Nato-Truppen protestiert; die afghanischen Aufständischen fehlten ebenfalls.**

Damit waren gleich zwei der zentralen Akteure abwesend, ohne die ein Frieden nicht möglich ist. Auch eine ernsthafte Beteiligung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Gruppen und Friedenskräfte aus Afghanistan hat es nicht gegeben. Seit Beginn des Nato-Einsatzes vor zehn Jahren ist die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, von 33 auf 42 Prozent gestiegen. Unterernährt sind nicht mehr 30, sondern 39 Prozent, und in Slums leben nicht mehr 2,4 Millionen Menschen, sondern 4,5 Millionen. Die soziale Bilanz – das schließt den deutschen Beitrag ein – ist verheerend. Laut Bundesregierung hat Deutschland 2011 erstmals über eine Milliarde Euro für den Bundeswehreinsatz ausgegeben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat berechnet, dass der Einsatz jährlich sogar zwei bis drei Milliarden Euro kostet. Es geht bislang von Gesamtkosten von 17 Milliarden Euro aus. Bei einem Verbleib bis 2014 sind mindestens weitere fünf Milliarden fällig. Doch weit schwerer als die finanziellen Kosten wiegt, dass der Krieg im letzten Jahr blutiger als jemals zuvor seit Beginn des Einsatzes geworden ist: Monat für Monat sterben 250 ZivilistInnen, insgesamt wird die Zahl der Toten allein im vergangenen Jahr auf 10.000 geschätzt.

Ziel der Bonner Konferenz war unter anderem, der kriegskritischen deutschen Öffentlichkeit die Lüge vom Abzug bis 2014 zu verkaufen. Dabei steht fest: Auch nach 2014 sollen Truppen, auch deutsche, am Hindukusch stationiert bleiben. Neben den westlichen AusbilderInnen der afghanischen Armee und Polizei sollen Kampftruppen für «Spezialeinsätze» im Land verbleiben. Seit Anfang 2011 verhandeln die USA zudem bilateral mit Afghanistan über zukünftige Militärstützpunkte. Nicht zuletzt weil der Streit um das iranische Atomprogramm eskaliert, sollen diese Truppen zudem als Drohkulisse gegenüber Teheran dienen.

Der Friedensbewegung ist es gelungen, den Nato-kritischen afghanischen Friedenskräften in Bonn Gehör zu verschaffen und durch Konferenzen und Demonstrationen zu zeigen, dass es ein «anderes Afghanistan» gibt – ein Afghanistan jenseits des Krieges zwischen der Machtclique in Kabul, die sich auf den Drogenhandel stützt, den in Kriegsverbrechen verwickelten Warlords und den fundamentalistischen Aufständischen. Trotzdem ist es nach zehn Jahren Krieg kaum noch möglich, größere Proteste gegen den Einsatz auf die

Straße zu bringen. Und das, obwohl sich noch immer mehr als 70 Prozent der Deutschen gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan aussprechen.

Die Beteiligung am Afghanistankrieg hat zu einer weiteren Militarisierung von Politik und Gesellschaft geführt. Die Bundeswehr wurde zu einer Interventionsarmee umgebaut, die an Schulen für den Soldaten«beruf» wirbt. Der Umfang zivil-militärischer Kooperationen hat zugenommen, ebenso die sicherheitspolitische Forschung an Universitäten. Diese «Kriegsfolgen» müssen noch deutlicher als bisher bekannt gemacht werden. Wir brauchen neue Bündnisse mit kritischen Universitäten, Schulen, Entwicklungsorganisationen, um «das Zivile zu verteidigen». Auch die Zusammenarbeit mit der US-Friedensbewegung und den stärker werdenden afghanischen Friedenskräften sollte ausgebaut werden. Gerade die junge afghanische Generation schaut mit Interesse nach Tunesien und Ägypten und sieht einen afghanischen Frühling, der das Land von der Nato-Besatzung und Warlords befreit, in nicht so weiter Ferne. In vielen Provinzen einschließlich Kabul gibt es mittlerweile regelmäßig Demonstrationen gegen Luftangriffe.

Entscheidend ist sowohl in Afghanistan als auch in den Nato-Staaten die Stärkung der Gegenöffentlichkeit. Wie notwendig diese ist, hat der Libyen-Krieg ebenso gezeigt wie die aktuelle Kriegspropaganda, die die nächsten Kriege im Nahen/Mittleren Osten vorbereiten soll. Dieser Gegenöffentlichkeit aus freien BloggerInnen, kritischen JournalistInnen und Enthüllungsplattformen wie Wikileaks, die das Web 2.0 nutzen und deren Inhalte sich über Soziale Netzwerke verbreiten, kommt eine zunehmend wichtigere Rolle in der Antikriegsarbeit zu. Die Chance liegt darin, dass diese neue Form der Gegenöffentlichkeit zu einem nicht genau vorhersehbaren Zeitpunkt sehr viele Menschen mobilisieren kann.

Doch auch die politische Auseinandersetzung mit diesem Wirtschaftssystem und den Finanzmärkten muss vertieft werden, denn Krise und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille. Der weltweite Kampf um Rohstoffe, Märkte und Transportwege hat längst begonnen. Die Friedensbewegung sollte sich in die aktuelle Krisendiskussion einmischen und wie in den USA stärker auf die neuen Bewegungen wie Occupy und die «Empörten» zugehen. Das wird für den drohenden Krieg gegen den Iran ebenso wichtig wie für den vollständigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Damit es bei den nächsten Aktionen und Demonstrationen auch heißt: «Occupy Peace!»

**HEIKE HÄNSEL IST ENTWICKLUNGSPOLITISCHE SPRECHERIN DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

---

**ANTIKRIEGSKONFERENZ** Parallel zur Afghanistankonferenz gab es in Bonn auch Protest: unter anderem eine Demonstration gegen den Kriegseinsatz und eine internationale Antikriegskonferenz am 4. Dezember, die mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung realisiert wurde. Auf der Konferenz diskutierten mehr als 350 TeilnehmerInnen aus 17 Ländern, unter ihnen viele Afghaninnen und Afghanen, Perspektiven der Antikriegsproteste, Alternativen zur Nato-Besatzung und politische Strategien für Afghanistan. Diese Debatte soll im Herbst 2012 auf einem Friedenskongress zu Afghanistan fortgesetzt werden. Unter [www.afghanistanprotest.de](http://www.afghanistanprotest.de) gibt es Eindrücke von der Konferenz und Beiträge der Podiumsdiskussionen.

---

# EUROPA ALS BEUTE

## POLITIK IN DER SCHULDENKRISE



**Erläuterungen zu den Spielkarten:**  
 Im oberen linken Feld befindet sich das Kreditrating von Standard & Poor's, Stand: 14. Februar 2012. Die Angaben im unteren Feld beziehen sich auf Ende 2011. Ausnahme: Mittleres Einkommen von 2008. Quellen: Michael Schlecht, MdB; Eurostat; BpB

LUTZ BRANGSCH

## DRUCK UND ZWANG

DIE STARKEN WERDEN STÄRKER, DIE SCHWACHEN SCHWÄCHER. EINE EUROPAAWEITE OLIGARCHIE PROFITIERT – UND BÜRDET DEN UNTEREN SCHICHTEN DIE KOSTEN AUF

**Manche reden gerne von europäischen Ideen. Andere brandmarken das Europa der Monopole. Gemeinsam ist allen die Hilflosigkeit angesichts der Wucht, mit der in der Europäischen Union eine Welle der Umverteilung durchgesetzt wird.**

Kein New Deal entstand aus der Krise seit 2007, sondern eine neue Umverteilung. Ohne Gegenmacht gerät das fragile bürgerlich-demokratische Demokratiegeflecht aus dem Gleichgewicht. Ganz selbstverständlich werden heute haushaltspolitische Zwangsmaßnahmen gegen einzelne Mitgliedsstaaten verhängt. Nur schwer scheint sich das mit den Idealen in Einklang bringen zu lassen, die in der Vergangenheit bekundet wurden. Zwar gab es auch früher Druck, aber er griff nie unmittelbar in den Kernbereich von Nationalstaatlichkeit ein – in die Haushaltshoheit. Freilich hat alles es seine Logik und Geschichte, und scheint auch ganz demokratisch. Die De-

regulierung der Finanzmärkte etwa wurde nicht mit einem Putsch durchgesetzt, sondern durch die EU und von ihren Mitgliedsländern gemeinsam vorangetrieben. Die Strategien von Maastricht und Lissabon wurden letztlich von allen beteiligten Regierungen akzeptiert. Sie fixierten eine Währungsunion ohne Sozialunion und ohne eine eigentlich nötige neue Qualität von Demokratie. Im Weißbuch zur Finanzdienstleistungspolitik der Union beglückwünscht sich die EU-Kommission «zu dem Beitrag, den der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen zur Schaffung eines europäischen Kapitalmarktes geleistet hat, der nicht zuletzt wegen der Qualität und Solidität seiner Finanzregelung weltweit führend ist». In der bereits nahenden Krise sprach man von der «Konsolidierung des europäischen Finanzmarkts», von der «Beseitigung der Hindernisse für den freien Kapitalverkehr» und auch von der «Verbesserung der Kontrolle der Fi-

# «ELITE RUINIERT DIE UNION»

KÜNFTIGER BRÜSSELER BÜROLEITER  
KLAUS SÜHL ZUR ZUKUNFT EUROPAS

**Klaus Sühl übernimmt ab Mai das Brüsseler Büro der Stiftung. Er war in den rot-roten Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg tätig, kandidierte 2008 für das Oberbürgermeisteramt in Dresden und leitete in den 1990ern das Europäische Informationszentrum in Berlin.**

Wie schätzt du die Situation in Europa ein?

**Sühl:** Das Projekt der europäischen Einigung ist in eine derart bedrohliche Krise geraten, dass man um seine Zukunft bangen muss. Es wird gerade von der herrschenden politischen Elite im Bündnis mit den Vorständen der global agierenden Banken, der Wirtschafts- und Versicherungsunternehmen nachhaltig ruiniert.

Was läuft falsch?

**Sühl:** Ob bei der Euro-Einführung oder bei den Erweiterungen, stets dominierten die Wirtschaftsinteressen insbesondere der stärksten Mitgliedsländer. Die Diskussionen über eine grundlegende Reform der Institutionen, über die demokratischen Strukturen, über mehr Transparenz und Bürgernähe versandeten dagegen ebenso wie die Forderungen nach einer Sozialunion.

Was sind die Folgen?

**Sühl:** Die Vision einer EU, die für Frieden, für mehr Wohlstand und soziale Gerechtigkeit auf dem ganzen Kontinent stehen sollte, hat jegliche Überzeugungskraft verloren. Man muss nicht in Griechenland leben, um zu begreifen: Es geht nur noch um die Sicherung von Profiten und Renditen. Und wieder einmal werden die Kosten vor allem bei der arbeitenden Bevölkerung und in den schwächeren Mitgliedsländern an der Peripherie eingetrieben.

Was bedeutet das für die Arbeit der Stiftung?

**Sühl:** Wir werden die Frage, wie wird es mit Europa weitergehen, zu einem Schwerpunkt machen. Wir brauchen eine Antwort darauf, wie ein friedliches, soziales und solidarisches Europa gestaltet werden kann. Darüber wollen wir zügig mit den Partnern im Europäischen Parlament, in den linken Parteien und Netzwerken und in den Bundesländern sprechen. Mit der Internetplattform [www.europa-links.eu](http://www.europa-links.eu) haben wir bereits ein ersten wichtigen Schritt unternommen (siehe Seite 22).

Welche Schwerpunkte wird das Brüsseler Büro noch setzen?

**Sühl:** Wichtig ist mir die Diskussion über die öffentliche Daseinsvorsorge, zu der die Privatisierung öffentlichen Eigentums gehört, die die EU gerade in Griechenland durchsetzen will. Schwerpunkte sind auch die Entwicklungen rund um das Mittelmeer sowie Klima- und Energiefragen. Bei der Energiepolitik werden wir mit einer Konferenz in Wien im Juli 2012 auch über den eigenen Kontinent hinausschauen.

**DIE FRAGEN STELLTEN FLORIAN WEIS  
UND HENNING HEINE**



Klaus Sühl

nanzdienstleistungen». Nicht weniger bürgerlich-demokratisch wurde die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Alterssicherung vorangetrieben. All die Faktoren, die die Krise in den Jahren 2007 und 2008 mit auslösten, waren Ergebnis des normalen EU-demokratischen Geschäftes.

Hinter den Kulissen freilich bedeutete dieses normale Geschäft, dass sich die Machtverhältnisse deutlich verschoben: die Starken wurden stärker, die Schwachen schwächer. Die Verheißung, wettbewerbsfähigste Region der Welt zu werden, schloss bewusst die Konkurrenz unter den Mitgliedsstaaten als Stimulus ein. Die Konstruktion der Lissabon-Strategie brachte eine neue Stufe in der Entwicklung der EU – die Entstehung einer europaweiten Oligarchie, die nur gemeinsam gewinnen kann. Unternehmen, Funktionäre in den Nationalstaaten und in der EU brauchen keine geheimen Treffen, um gemeinsam zu handeln. Die Mechanismen der Integration produzieren das gemeinsame Interesse. Die gestärkten Starken sind so nicht einzelne Staaten, sondern diese Schicht. Es sind nicht nur die Banken, es sind alle Unternehmen, es sind Teile der Staatsapparate und andere, die die Früchte dieses Weges der EU-Integration jetzt ernten. Dass in dieser «Beutegemeinschaft» Widersprüche aufbrechen müssen, ist klar – spätestens dann, wenn die eigene lokale Basis in Frage gestellt wird, wie das mit den Sparauflagen der Fall ist. Dann wird wieder die nationale Karte gespielt, allerdings unter neuen Vorzeichen. Finanzialisierung und wirtschaftliche Verflechtungen setzen nationalen Lösungswegen außerhalb der Pfade der Lissabon-Logik engste Grenzen. Da eine Konsensbildung über die Wege zur Bekämpfung der Krise in diesem Mechanismus gar nicht möglich ist, können die entscheidenden Vokabeln dieser Art Politik nur Druck und Zwang sein. Es ist bisher in Deutschland nur ein über die Haushaltspolitik vermittelter Zwang, in Griechenland ist er schon in tiefen Einschnitten in öffentliche Leistungen und Einkommen manifest. Mit den vermeintlichen Technokraten-Regierungen in Griechenland und Italien hat diese Oligarchisierung schon ein weiteres Stadium erreicht (siehe auch nächste Seite). Es gibt in der Politik keine TechnokratInnen – es gibt nur Interessen. Die Auseinandersetzungen um und in Griechenland zeigen deutlich, wie politisch Haushaltspolitik tatsächlich ist, und wie wenig «technokratisch».

Dieser Mechanismus erklärt die alarmierende Geschwindigkeit der Entdemokratisierung in der EU und in ihren Mitgliedsländern. Sie ist Ausdruck einer Sackgasse, in die sich die Herrschenden manövriert haben. Wenn jüngst immer wieder von einem neuen Marshall-Plan gesprochen wird, sagt dies viel aus über die Ratlosigkeit, jenseits gewaltsamer Unterdrückung von Widerstand. Mit der Erklärung des Europäischen Rates vom 30. Januar wird versucht, einen Ausweg herbeizureden. Schaffung von Arbeitsplätzen und verbesserte Wirtschaftsförderung sind sicher gut – nur stehen die «Wege zu wachstumsfreundlicher Konsolidierung und beschäftigungsfreundlichem Wachstum» mit den haushaltspolitischen Realitäten in krassem Widerspruch. Es mutet an wie «Pfeifen im dunklen Wald». Die Fiskalunion bedeutet in dieser Konstellation nichts anderes als die Absicherung der durch die Krise erschütterten Umverteilungsrelationen in der Gesellschaft. Dafür wird es sicher auch Steuererhöhungen geben, aber im Kern wird so die Bezahlung der Krise durch die Masse organisiert. Gleichzeitig aber schwindet die Steuerungsfähigkeit des Staates. Die Bekämpfung der Krise wurde einmal mit enormen öffentlichen Mitteln finanziert. Ein zweites Mal wird das kaum gehen. Wie werden die Staaten dann handeln? Noch einmal Milliarden in Banken pumpen, noch einmal Abwrackprämie, noch einmal

erweitertes Kurzarbeitergeld? Wie die Reaktionen auf die Proteste in Griechenland, Spanien oder den USA zeigen, bleibt dann nur staatliche Gewalt. Das zeigt sich in anderer Weise auch in den Beschlüssen vom Mai 2011 zu einer «EU-Wirtschaftsregierung». Eine Ursache der Krise sei, dass der Überwachungsmechanismus nicht streng genug gewesen sei. Nun sollen Überwachung und informeller Druck («peer pressure») also dafür sorgen, dass die Probleme gelöst werden. Dazu sollen in den einzelnen Ländern Ziele der Haushaltskonsolidierung formuliert werden. Auch wenn viel von «tragfähigen öffentlichen Finanzen» die Rede ist – der Bezugspunkt bleibt immer die Absenkung öffentlicher Leistungen und die Privatisierung öffentlichen Eigentums. In einem demokratischen Prozess würde mit einiger Sicherheit auch die brüchige Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte thematisiert werden – und damit die Notwendigkeit einer radikalen Neuordnung der Verteilungsverhältnisse deutlich werden. Der tatsächlich beschrittene Weg der Eskalation führt aber an die Grenzen bürgerlicher Demokratie.

Wir stehen vor einem doppelten Problem. Adressat von Forderungen sind die Nationalstaaten – wie aber adressiert man sie an die «Beutegemeinschaft des Lissabon-Prozesses»? Das «Modell Deutschland» erscheint dabei als die Inkarnation der «Beutegemeinschaft» und verdeckt deren globalen Charakter. Der Schlüssel zur Lösung des Krisenbündels liegt in einer Strategie der Linken, die genauso wie ihre KontrahentInnen global orientiert ist und gleichzeitig lokalem Handeln Raum gibt. Es sind vier Felder, die für die Auseinandersetzung zentral erscheinen: die Haushaltspolitik, der Widerstand gegen weitere Privatisierungen von öffentlichen Leistungen und der Alterssicherung – gerade wird über die EU versucht, eine weitere Anhebung des Rentenalters zu erzwingen – sowie der Kampf um Reallohnsteigerungen. Ein strategisches Feld ist auch die Konversion der Wirtschaft in der EU. Gerahmt werden diese Forderungen durch die Verteidigung elementarer demokratischer Rechte und eine radikale Umkehr der Umverteilungsströme. Entdemokratisierung bedeutet vor allem auch den Verlust eines Raumes politischer Auseinandersetzung, in dem tatsächlich Massen mobilisierbar sind und in dem sie lernen können, Umbrüche zu gestalten. Das Problem und die Herausforderung bestehen darin, dass mit der Haushaltspolitik ein Feld der Auseinandersetzungen aufgemacht wurde, auf dem sich viele Menschen unsicher fühlen. Vermittelt über Haushaltspolitik wird aber

eben in allen Ländern der Angriff auf das Öffentliche und auf soziale Standards in ganzer Breite geführt. Damit erhalten die entsprechenden Maßnahmen den Nimbus des Sachzwangs, ohne dass dieses diskreditierte Wort gebraucht wird. Haushaltspolitik ist Kern von Staatlichkeit und Demokratie. Ihre Ausgestaltung bedeutet immer Gestaltung von Machtverhältnissen. Der Kampf um die Budgethoheit war deshalb auch ein entscheidender Auslöser von bürgerlichen Revolutionen – so auch und gerade der Französischen Revolution. Die Monarchie wurde auch deshalb gestürzt, weil sie nicht bereit war, im Budget den Interessen des aufstrebenden Bürgertums Raum zu geben. Wenn also heute die EU direkt in die nationalen Haushaltspolitiken eingreift, ist das eine Entmachtung der sich im nationalen Rahmen organisierenden politischen Kräfte und eine Kampfansage gegen die Masse der Bevölkerung in allen EU-Staaten gleichermaßen, vor allem der Lohnabhängigen. Widerstand gegen Privatisierungen sind meist lokaler Natur und die Tarifeauseinandersetzungen sektoral. Das zersplittert gerade in Deutschland Widerstand. Neben das grundsätzliche Nein muss so die bewusste Aneignung der öffentlichen Haushalte gestellt werden. Bürgerhaushalte, Haushaltsmonitoring, von unten getragene Sozialberichterstattung, öffentliche Debatten über Prioritätensetzung in der Ausgabenpolitik und bei der Gestaltung der Einnahmen von der kommunalen bis auf die Ebene der EU können Wege sein, diesen Aneignungsprozess in Gang zu setzen. Die Verflechtung von Widerstand und praktischer Alternativenentwicklung ist das, wovor die Beutegemeinschaft des Lissabon-Prozesses die größte Angst hat.

**LUTZ BRANGSCH IST REFERENT FÜR DEMOKRATIE UND STAAT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

**A Spanien**



<b>BIP (Mio. Euro)</b>	<b>1.074.941</b>
<b>Wirtschaftswachstum (%)</b>	<b>0,7</b>
<b>Etatkürzungen (% vom BIP)</b>	<b>4,7</b>
<b>Zinssatz für Staatsanleihen (%)</b>	<b>5,5</b>
<b>Arbeitslosenquote (%)</b>	<b>22,9</b>
<b>Mittleres Einkommen (Euro)</b>	<b>13.300</b>

Foto: Manuel M. Vicente/Wikipedia

ROLAND KULKE

# DEMOKRATIE UNTER AUFSICHT

IN ITALIEN UND GRIECHENLAND FÜHREN BANKER DIE REGIERUNG

**Als im November 2011 die Debatte über einen Schuldenschnitt für Griechenland erneut hochkochte, wächst auch im Lager der Gläubiger, vor allem der großen Geschäftsbanken, die Nervosität. Das britische Blatt The Independent schreibt, trotz allen finanzpolitischen Jonglierens sei es den großen Banken nicht möglich, sich komplett von ihren Risiken zu trennen. Also bleibe nur eines übrig: das Steuer selbst zu übernehmen.**

Noch vor dem Jahreswechsel ist es in zwei Staaten der Eurozone so weit. Im Zuge der sich zuspitzenden Krise werden Mario Monti in Italien und Loukas Papademos in Griechenland zu Ministerpräsidenten berufen. Beide Politiker sollen «Expertenregierungen» füh-

ren, beide sind Vertreter der Deregulierungspolitik zugunsten der Banken – und keiner von beiden ist durch Wahlen an die Macht gekommen, auch wenn sowohl Papademos als auch Monti vom Parlament bestätigt wurden. In Griechenland sind Neuwahlen für April angekündigt. Jedoch mehren sich bereits die Stimmen für einen Aufschub. Das italienische Parlament wird erst 2013 wieder gewählt.

Überspitzt gesagt: Mit Monti und Papademos ist das Finanzkapital aus der abstrakten Welt der monetären Beziehungen herausgetreten und hat die Form von Regierungschefs angenommen. Was qualifiziert die beiden Wirtschaftswissenschaftler und IWF-Berater für



das Amt? Ein Blick auf ihre Vorgeschichte.

Loukas Papademos promovierte in den USA in Wirtschaftswissenschaften und arbeitete als Ökonom bei der Federal Reserve Bank of Boston. Er war Direktor der griechischen Notenbank, als Griechenland dem Euro beitrug, und somit für die Überbewertung der griechischen Drachme mitverantwortlich. Von 2002 bis 2010 war Papademos Vizepräsident der Europäischen

Zentralbank (EZB). Seine Regierung ist die erste Koalitionsregierung, die auch die NationalistInnen der LAOS Partei umfasst. Diese waren seit dem Fall der Militärdiktatur 1974 im politischen System weitgehend isoliert.

Noch spannender sind die Lebensläufe Mario Montis und zahlreicher seiner KabinettskollegInnen. Monti war u.a. Rektor der Bocconi-Universität, einer privaten Mailänder Wirtschaftshochschule, und später zwei Mal deren Präsident. Von 1995–1999 war er EU Kommissar für den Binnenmarkt, von 1999 bis 2004 Wettbewerbskommissar der Europäischen Union. An den unter seiner Führung ausgearbeiteten Vorschlägen (Financial Services Action Plan von 1999) orientierte sich die Deregulierung des europäischen Finanzsektors. Auch verklagte die EU Kommission im Jahr 2000 auf Montis Anraten das Land Nordrhein-Westfalen wegen der WestLB. Die von der EU Kommission erzwungene Änderung der Geschäftspraktiken der deutschen Landesbanken war der Hauptgrund dafür, dass diese völlig unvorbereitet für das internationale Geschäft später in

schwieriges Fahrwasser kamen. Monti und KollegInnen ist es zu verdanken, dass riesige Summen aus Steuergeldern in die Rettung der Landesbanken fließen.

Von 2005 bis 2008 war Mario Monti Vorsitzender des Direktoriums von Bruegel. Finanziert wird dieser einflussreiche neoliberale Think Tank von europäischen Großunternehmen und EU-Regierungen. Darüber hinaus ist Monti Vorstandsmitglied der Bilderberg Konferenz. Dieses konservative, transatlantische Elitennetzwerk wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen, um gegen die «Bedrohung aus dem Osten» zu kämpfen; heute diskutiert es Fragen der internationalen Politik und der Weltwirtschaft. Auch in der Trilateralen Kommission, einem ähnlichen Netzwerk, ist Monti Mitglied. Abgerundet wird der Lebenslauf dadurch, dass Mario Monti sechs Jahre als Berater der mächtigen US-Investmentbank Goldman Sachs tätig war.

Auch die meisten weiteren Kabinettsmitglieder Montis können auf einen Berufsweg im Politikbetrieb, in der Nato, in den Wirtschaftswissenschaften oder im Bankenwesen zurückblicken. Etwa die Ökonomieprofessorin Elsa Fornero, Ministerin für Arbeit, Soziales und Gleichberechtigung, die Mitglied des wissenschaftlichen Rates von Confindustria, Italiens größter Arbeitgeberorganisation, ist. Oder Corrado Passera, Unternehmensberater und Banker, zuletzt Vorstandschef der Intesa Sanpaolo, Italiens größter Privatkundenbank, nun Minister für Entwicklung, Infrastruktur und Transport. Auch der Europapolitiker Enzo Moavero-Milanesi spielt eine wichtige Rolle im Kabinett, auch wenn er keinen Ministerrang hat. Er arbeitet seit 1980 in unterschiedlichen Positionen in der Europäischen Kommission, zuletzt war er ihr stellvertretender Generalsekretär.

Es scheint, dass der Politologe Colin Crouch mit seiner These, dass wir zunehmend in postdemokratischen Zeiten leben, Recht hat. Die Politik im Euroraum wird mit diesem Personal auf ein einziges Ziel ausgerichtet: die Zahlungsfähigkeit der Eurostaaten zu erhalten und die Zinszahlungen an die Banken zu sichern.

**ROLAND KULKE IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IM BRÜSSELER BÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

THOMAS SABLowski

# SPAREN FÜR DEN WELTMARKT

EUROPAS KRIENPOLITIK ZIELT AUF DIE STÄRKUNG DER EXPORTWIRTSCHAFT

**Die Härte der deutschen Regierung beim europäischen Krisenmanagement scheint auf den ersten Blick verwunderlich. Angloamerikanische Kapitalanleger fordern seit langem, dass die Europäische Zentralbank (EZB) unbeschränkt Staatsanleihen aufkaufen soll, um die Zinsen für die von der Krise betroffenen EU-Staaten zu senken und das Vertrauen in deren Anleihen wiederherzustellen.**

Auch viele europäische Länder wünschen sich eine flexiblere Haltung der EZB und die Vergemeinschaftung der Schulden durch Eurobonds. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass die brutale Sparpolitik Griechenland und anderen Staaten nur noch tiefer in die Krise treibt. Ist die herrschende Politik also selbst aus der Perspektive des Kapitals irrational? Die Austeritätspolitik einerseits und die Forderung nach Vergemeinschaftung der Schulden andererseits scheinen sich zu widersprechen. Während die Austeritätspolitik auf den Abbau

der Staatsverschuldung zielt, würden eine Ausweitung der Rolle der EZB oder die Einführung von Eurobonds die Schulden weiter wachsen lassen. Doch auch die Sparpolitik wird letztlich nicht zum Abbau der Staatsverschuldung führen. Bestenfalls schafft sie die Voraussetzung dafür, das Vertrauen der Investoren in die europäischen Staatsanleihen wiederherzustellen. Sie garantiert, dass ein noch größerer Teil des Sozialprodukts der Krisenstaaten in den Schuldendienst fließt. So oder so geht es nicht um den Abbau der Staatsverschuldung, sondern um ihre Nachhaltigkeit. Die Staatsanleihen sind als Anlagesphäre für das globale Finanzvermögen unverzichtbar; die Sparpolitik soll, ebenso wie die Vergemeinschaftung der Schulden, ihre noch stärkere Entwertung verhindern.

Doch wenn beides auf das Gleiche hinausläuft, warum gehen die Regierungen der Eurozone dann nicht den bequemeren Weg und lockern den Sparzwang? Sicher, die Staatsverschuldung in der Eu-

rozone würde noch schneller wachsen. Aber warum wäre das problematisch? Italien hat seit Jahrzehnten eine Staatsverschuldung von mehr als 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Warum wird sie gerade jetzt zum Problem? Auch die USA können sich eine Verschuldung von mehr als 100 Prozent des BIP leisten.

Die Austeritätspolitik zielt nicht nur darauf, die Staatsausgaben zu senken. Sie soll das Lohnniveau auch im privaten Sektor absenken, die Arbeitszeit verlängern – die Ausbeutung der Arbeitskraft erhöhen. Die Austeritätspolitik löst die Krise nicht, aber sie ermöglicht es, einige alte Forderungen der KapitalistInnen durchzusetzen. Sie dient vor allem dem industriellen Kapital, insbesondere dem exportorientierten, dessen Profitabilität gesteigert wird. Und noch eine andere Bedeutung hat sie: Sie verteidigt die internationale Rolle des Euro. Der Euro fungiert nicht nur als Zirkulations- und Zahlungsmittel innerhalb der Eurozone, er fungiert auch als Weltgeld, als internationale Reservewährung, auch wenn er nur an zweiter Stelle hinter dem US-Dollar steht.

Gerade in der Währungskonkurrenz ist die Stabilität des Euro von Bedeutung. International tätige Banken und Konzerne, die in der Eurozone angesiedelt sind, profitieren besonders, wenn sie Kredite in ihrer eigenen Währung vergeben können und wenn ihre Geschäfts-

partnerInnen in Euro zahlen. Dies reduziert ihr Währungsrisiko. Insofern ist es für die Banken und Konzerne der Eurozone von Interesse, inwieweit Akteure außerhalb des Euroraums bereit sind, den Euro als Geld zu benutzen – und das umso mehr, je stärker die finanziellen Verflechtungen mit Akteuren von außerhalb wachsen. Dies gilt in besonderem Maße für Deutschland. Die deutschen Exporte in Länder außerhalb der Eurozone sind in den vergangenen Jahren schneller gewachsen als die Exporte in Euroländer. Die auf die Austeritätspolitik gestützte Verteidigung des Euro ist also vor allem ein Resultat der Globalisierungsstrategien des deutschen Kapitals.

Aber die deutsche Regierung spielt den Zuchtmeister Europas nicht nur im Interesse des deutschen Kapitals, sondern auch im Interesse dominanter Kapitalfraktionen anderer europäischer Länder. Das erklärt, weshalb Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy inzwischen weitgehend auf die Linie von Bundeskanzlerin Merkel eingeschwenkt ist. Und es erklärt, weshalb selbst die griechische Regierung auf keinen Fall die Eurozone verlassen will – obwohl die Sparpolitik ihren Binnenmarkt zerstört.

**THOMAS SABLowski** IST DOZENT AN DER UNI FRANKFURT AM MAIN, REDAKTEUR DER ZEITSCHRIFT PROKLA UND MITGLIED IM WISSENSCHAFTLICHEN BEIRAT VON ATTAC

JOACHIM BISCHOFF

# WEGE AUS DER SACKGASSE

DIE KRISE DER EUROZONE UND DIE ZUKUNFT DES FINANZKAPITALISMUS

**In der anhaltenden Krise der Eurozone wird deutlich, dass die Finanzmärkte trotz einiger Korrekturmaßnahmen noch immer nicht unter Kontrolle sind. Es gibt Fortschritte in der Regulierung, zum Beispiel die höhere Eigenkapitalausstattung der Banken. Doch da es über die Ursachen der Krise keine Einigkeit gibt, sind auch die Antikrisenmaßnahmen strittig.**

Die Mehrheit der politischen Klasse in Europa meint, dass überhöhte Staatsdefizite und unverantwortliches Verhalten der EntscheidungsträgerInnen der Länder mit Leistungsbilanzdefiziten die Krise verursacht haben. Aus dieser Sicht kann das Rezept nur lauten: Verschärfung der fiskalpolitischen Auflagen – geringere Defizite, Sanktionen, härtere Schuldenregelungen etc. Die Zeit, bis diese Regeln wirken, sollen so genannte Rettungsschirme – internationale Kredite – überbrücken. Dieser Kurs führt allerdings immer tiefer in die politische Sackgasse.

Doch die Hauptursache für die massive Verschuldung der öffentlichen Haushalte liegt nicht in den Mängeln der Euro-Konstruktion.

Sie liegt in der Steuerpolitik. Auf die chronische Akkumulations- und Wachstumsschwäche reagierten die kapitalistischen Hauptländer seit den 1980er Jahren mit einer Steuersenkungspolitik. Der öffentliche Sektor wurde geschrumpft. Die Folgen waren verschärfte Einkommens- und Vermögensunterschiede und eine übermäßige Ausdehnung der Finanzsektoren.

Seit gut zwei Jahrzehnten steht die industrielle Akkumulation unter der Herrschaft der Finanzmärkte: Das Finanzvermögen wächst viel rascher als das Wirtschaftsprodukt, wir haben es mit einer finanzgetriebenen Akkumulation zu tun. 2007/2008 ist die größte Blase von Vermögenswerten geplatzt. Die Abschreibungen, die so entstanden sind, konnten die Banken allein nicht tragen. Sie haben einen Teil an die Staaten weitergereicht, zum Beispiel über staatliche «Bad Banks». Jetzt ächzen die Staaten unter der Schuldenlast. Und ein Teil der Schulden ist in den Bilanzen der Zentralbanken gelandet.

Diese Verschiebung in den Machtstrukturen markiert einen Bruch in der Entwicklung des Kapitalismus. Zu Recht diagnostiziert der ehe-

## Die Krisenchronologie

**1992**

Im Vertrag von Maastricht beschließen die EU-Länder die europäische Gemeinschaftswährung. Sie definieren Kriterien, die ein Land erfüllen muss, das den Euro einführen will, und vereinbaren eine Angleichung ihrer Haushaltspolitik. Die Beschlüsse sind von wirtschaftsliberalen Prämissen geprägt.

**1999**

Der Euro wird als Zahlungsmittel eingeführt, die Wechselkurse der nationalen Währungen zum Euro werden eingefroren. Drei Jahre später, am 1. Januar 2002, gibt es den Euro auch als Bargeld. Die alten nationalen Währungen gibt es nicht mehr.

**2001 BIS 2004**

Umfangreiche Deregulierung des Finanzmarkts in Deutschland durch die rotgrüne Bundesregierung. Unter anderem wird der Derivathandel auch im Immobiliensektor erlaubt, die Anlagemöglichkeiten von Hedgefonds werden erweitert.

**FRÜHJAHR 2007**

US-HausbesitzerInnen können ihre Hypotheken nicht mehr bedienen, die Immobilien-Krise nimmt ihren Lauf. Weltweit kommt es zu Kurseinbrüchen an den Börsen. Nach dem Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers im September 2008 macht sich an den Finanzmärkten Panik breit.

**AAA** **Niederlande**

BIP (Mio. Euro)	<b>607.435</b>
Wirtschaftswachstum (%)	<b>1,8</b>
Etatkürzungen (% vom BIP)	<b>3,0</b>
Zinssatz für Staatsanleihen (%)	<b>2,4</b>
Arbeitslosenquote (%)	<b>4,9</b>
Mittleres Einkommen (Euro)	<b>20.156</b>

Foto: Lilo Kapp/Pixelio

malige EZB-Ökonom und Theoretiker der Geldakkumulation Otmar Issing eine «Globalisierung der Finanzmärkte». Das Anschwellen der grenzüberschreitenden Finanzströme, die Integration der nationalen Finanzmärkte wurde – auch da hat Issing Recht – angetrieben durch den Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen, durch die Liberalisierung der Finanzmärkte, durch Fortschritte in der Informationstechnologie und die Ausbreitung von Finanzinnovationen. Diese finanzielle

Globalisierung ist zuerst

2007, dann 2011 erneut in die Krise geraten. Inzwischen steckt die gesamte Europäische Wirtschafts- und Währungsunion tief in der Krise. Ein neuer zwischenstaatlicher Vertrag soll der gemeinsamen Währung verbindliche Regeln für die Haushalts- und Fiskalpolitik zur Seite stellen – und so einen Konstruktionsfehler des Euro beheben. Das Stichwort heißt: Weiterentwicklung der EU in Richtung Stabilitätsunion. Doch weil die Unternehmens- und Vermögenssteuern gedeckelt sind, werden nur die Massensteuern erhöht. Und weil Wettbewerb noch immer als das Nonplusultra wirtschaftlicher Gesundheit gilt, werden Sozialleistungen heruntergefahren – nicht nur, weil gespart werden muss, sondern, um die Unternehmen weiter zu entlasten.

Die herrschende Politik nimmt den Absturz in eine Große Depression in Kauf. Sie müsste auf Wachstumsimpulse setzen und im Kontext einer nachhaltigen Kapitalakkumulation auf eine schrittweise Rückführung von Defiziten und Schuldenüberhängen orientieren. Trotz der beschlossenen Rettungsschirme und Interventionen der Europäischen Zentralbank steht die Globalökonomie vor einer enormen Belastungsprobe: In dem Maße, wie sich die wirtschaftlichen Abschwungkkräfte verstärken, nehmen die Finanzprobleme zu. Wie dem Problem begegnen? Die Reduzierung der staatlichen Schulden und Defizite muss von Stabilisierungsmaßnahmen für Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum begleitet werden. Und die Eurozone muss einen Ausgleichmodus für die Produktivitäts- und Wettbewerbsungleichgewichte schaffen.

Die Marktkräfte sind nicht in der Lage, die ökonomischen Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung der Volkswirtschaften

im Euroraum zu schaffen. Es ist falsch, in einer Währungsunion Leistungsbilanzüberschüsse als dauerhafte Entwicklungsbedingung durchsetzen zu wollen, wie etwa die Bundesregierung es versucht. In einer stark verflochtenen Wirtschaftsregion wie der EU ist es unmöglich, von jedem Land in jedem Jahr eine vollständig ausgeglichene Leistungsbilanz zu erwarten. Neben Anpassungsmaßnahmen für Defizitländer sind daher auch Anpassungsschritte für Überschussländer unverzichtbar. Zum Beispiel könnten Überschüsse durch eine Stärkung der Importnachfrage abgebaut werden. Auch die wirtschaftspolitische Ausrichtung auf den Export sollte relativiert und die Produktion stärker auf den Binnenmarkt ausgerichtet werden. Da immer mehr Länder von der Krise erfasst werden, wird der Rettungsschirm nicht ausreichen. Die EZB muss schon auf kurze Sicht stärker intervenieren.

Stand schon 2008 die Zukunft des internationalen Finanzsystems auf der Kippe, ist die Lage vier Jahre später noch bedrohlicher: Die gesamte Weltwirtschaft ist in Gefahr. Die drohende Kernschmelze des Finanzsystems bedroht auch die Realökonomie. Die Verhinderung des Flächenbrandes im Finanzsektor kann deshalb nur der Auftakt sein. Weitere Maßnahmen sind nötig, um die Schuldenkrise zu lösen und den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess neu zu organisieren. Dazu gehören eine gelockerte Geldpolitik der EZB, Zinssenkungen, die Währungssysteme und eine Politik zur Stärkung und Umstrukturierung der gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesse.

Die Finanzmarktkrise erweist sich im engen wie im weiteren Sinne als Krise des ganzen Systems. Die Zweifel, ob eine systemimmanente Korrektur noch zu schaffen ist, wachsen.

**JOACHIM BISCHOFF  
LEBT IN HAMBURG  
UND BESCHÄFTIGT  
SICH SEIT JAHREN  
MIT DER KRITIK  
DER POLITISCHEN  
ÖKONOMIE**

**BB** **Portugal**

BIP (Mio. Euro)	<b>171.632</b>
Wirtschaftswachstum (%)	<b>-1,9</b>
Etatkürzungen (% vom BIP)	<b>8,3</b>
Zinssatz für Staatsanleihen (%)	<b>13,1</b>
Arbeitslosenquote (%)	<b>13,6</b>
Mittleres Einkommen (Euro)	<b>8.282</b>

**SOMMER /HERBST 2008**  
Zahlreiche Staaten legen umfangreiche Bankenrettungsprogramme auf. Die Bundesregierung richtet einen Sonderfonds mit einem Volumen von 480 Milliarden Euro ein. Da die Krise mittlerweile auf andere Wirtschaftsbereiche übergreift, folgen Konjunkturprogramme im Umfang von 100 Milliarden Euro.

**MAI 2009**  
Der Bundestag stimmt der «Schuldenbremse» zu, die die Kreditaufnahme des Bundes begrenzt und sie den Ländern verbietet. So soll das Haushaltsdefizit eingedämmt werden. Bis 2016 muss der Bund das jährliche Kreditvolumen kontinuierlich verringern.

**DEZEMBER 2009**  
Nachdem die neu gewählte griechische Regierung erklärte, dass das Land viel höher verschuldet ist als jahrelang behauptet, stufen die Ratingagenturen Standard & Poor's und Fitch die Kreditwürdigkeit Griechenlands herab. Das Land muss nun deutlich höhere Zinsen für Kredite zahlen.

**FEBRUAR 2010**  
Die EU-Kommission stellt den griechischen Haushalt unter Kontrolle und verpflichtet das Land auf ein drastisches Sparprogramm. Im Gegenzug gewähren EU-Länder und IWF Notfallkredite in Höhe von 110 Milliarden Euro.

LUTZ POHLE

# HAUPTSACHE STABIL

WARUM CHINA AN EINER LÖSUNG DER EUROKRISE INTERESSIERT IST

«China will investieren, nicht Europa retten», titelte die Wochenzeitung *Die Zeit* im Dezember 2011. Beim Kurzbesuch von Angela Merkel in Peking Anfang Februar 2012 forderte Ministerpräsident Wen Jiabao die EuropäerInnen zu verstärkten Bemühungen bei der Lösung der Euro-Krise auf.

Neben den akuten Hilfsmaßnahmen seien auch strukturelle und institutionelle Reformen in der Haushalts- und Finanzpolitik Europas erforderlich. Die regierungsnahe Zeitung *Global Times* wurde noch deutlicher: «Der Rest der Eurozone muss erst zu Reformen des gegenwärtigen Finanzsystems bereit sein». Dennoch schließt China nicht mehr aus, sich an der Überwindung der Schuldenkrise zu beteiligen. Der Regierungschef sagte, man denke darüber nach, sich am Euro-Rettungsfonds zu beteiligen. Die Lösung der Eurokrise ist im chinesischen Interesse: Das Land hat einen großen Teil seiner riesigen Devisenreserven in Euro angelegt. Es tritt zudem dafür ein, den Dollar als internationale Leitwährung abzulösen und ein transparenteres und gerechteres internationales Finanzsystem zu schaffen.

China gilt als das Land mit den größten Währungsreserven weltweit. Die Rede ist von mindestens drei Billionen US-Dollar. Chinesische ManagerInnen investieren das Geld weltweit. Infrastrukturprojekte, Rohstoffe, Land, Zugang zu Know-how und Technologie – nichts scheint sicher vor den prall gefüllten Kassen der chinesischen EinkäuferInnen. Auch Deutschland und Europa sind beliebte Ziele: So hat die chinesische Firma Sany Heavy Industries kürzlich den schwäbischen Betonmaschinen-Hersteller Putzmeister gekauft. Volvo ist seit fast zwei Jahren im Besitz des chinesischen Autoherstellers Geely. Der Erbauer des Drei-Schluchten-Dammes am Jangtse übernahm im vergangenen Jahr ein Fünftel des portugiesischen Energiekonzerns EDP. Schon schüren populistische PolitikerInnen und der Boulevard altbekannte rassistische Ressentiments, «Die Chinesen kommen!» Gekauft wird vor allem, was Gewinn verspricht. Dabei denken chinesische InvestorInnen langfristig, interessieren sich stark für Technologie und Know-how – ein Hauptunterschied zu InvestorInnen mit kurzfristigen Renditeerwartungen, sogenannten «Heuschrecken».

Chinesische ExpertInnen sprechen sich allerdings gegen Erwartungen aus, dass China in großem Stil europäische Staatsanleihen kaufen könnte. Die Folgen der Finanzkrise von 2008/09 hätten China stark beansprucht, schreibt auch die *Financial Times* Deutschland. Heute gehe es nicht mehr darum, ob China erneut die Weltwirtschaft retten könne, sondern ob es sich selbst retten kann. Angesichts eines langsameren Wachstums in China, einer hohen Inflation, stark ge-

stiegener Kreditvergabe, einer wachsenden Immobilienblase sowie der sich dramatisch öffnenden Schere zwischen Arm und Reich stellt sich mehr denn je die Frage, wie lange die Regierung das Land noch auf dem Stabilitätskurs halten kann.

Wie kommt es, fragt dann auch *Die Zeit*, dass die europäische Politik ausgerechnet aus China Rettung erwartet, aus dem Land, «in dem die Banken noch immer weitgehend verstaatlicht und internationale Finanzinstitute nur sehr eingeschränkt zugelassen sind, die Währung nicht frei konvertierbar ist und überhaupt die Finanzwirtschaft als unterentwickelt gilt». In der Tat ist der chinesische Finanzmarkt noch immer relativ streng reguliert bzw. kontrolliert. Riskante Spekulationen sind (zumindest offiziell) verboten. Die Kreditvergabe und die Zinspolitik sind eher Instrumente der makroökonomischen Steuerung und nicht ausschliesslich dem Renditedenken verpflichtet. Mit Währungen und Devisen kann nicht ungehemmt spekuliert werden. Auch weil in China der Markt nicht das alleinige Kriterium für staatliche Finanzentscheidungen ist, konnte das Land die Folgen der Finanzkrise bisher eindämmen und eine Schuldenkrise weitgehend abwenden. Die chinesische Wirtschaft wächst weiter mit Raten um die neun Prozent, von denen der Westen nur träumen kann.

Es ist im Interesse Chinas, dass der Euro nicht scheitert und die Schuldenkrise überwunden wird. Finanziell, weil zunächst einmal die eigenen Reserven nicht zuviel an Wert verlieren sollen und dürfen. Wirtschaftlich, weil China weiter Wachstum braucht. Die Entwicklung Chinas muss auf neue Grundlagen gestellt werden, fordert der gegenwärtig gültige zwölfte Fünf-Jahres-Plan – sozial verträglich, nachhaltig, ökologisch. In einer instabilen Umgebung mit zusätzlichen Finanzmarkt-Turbulenzen wird diese Umstellung nicht gelingen. Und auch politisch ist China an einem funktionierenden Euro interessiert, weil Stabilität und Wachstum die Voraussetzungen für das Gelingen des chinesischen Reformexperiments sind. Hinzu kommt, dass in diesem Jahr ein Führungs- und Generationenwechsel in Peking bevorsteht. Der 18. Parteitag der KP Chinas, der im Herbst stattfinden wird, wirft seine Schatten voraus. Die Amtszeit von Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao läuft 2012 ab. Sieben der neun Sitze im Ständigen Ausschuss des Politbüros, dem höchsten Entscheidungsgremium in der Partei und in China, müssen in nächster Zeit neu besetzt werden. Das soll reibungslos und ohne große Verwerfungen gelingen – dann wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Stabilität getan.

LUTZ POHLE LEITET DAS AUSLANDSBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN PEKING

## MAI 2010

Die EU beschließt den «Euro-Rettungsschirm». Mitgliedstaaten sollen künftig direkt bei der EU-Kommission Kredite beantragen. Monate später macht Irland davon Gebrauch und verpflichtet sich im Gegenzug zu harten Sparmaßnahmen. Im April 2011 beantragt auch Portugal Mittel aus dem Rettungsschirm.

## SEPTEMBER 2010

Die Ratingagentur Moody's stuft Spaniens Kreditwürdigkeit herab. Die viertgrößte Volkswirtschaft der Eurozone leidet seit dem Platzen der Immobilienblase schwer unter der Finanzkrise. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 20 Prozent.

## NOVEMBER 2010

Die EU Finanzminister beschließen den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM), das Nachfolgeprojekt zum Rettungsschirm. Eine demokratische Kontrolle ist auch hier nicht vorgesehen. Gemeinsame Anleihen, sogenannte Euro-Bonds, scheitern am Widerstand Deutschlands.

## JUNI 2011

In der EU wachsen Zweifel an Griechenlands Sparanstrengungen, so dass weitere Kredite zurückgehalten werden. Im Land wird massiv gegen den Sparkurs protestiert. Premierminister Papandreou bildet die Regierung um und beschließt ein weiteres Sparpaket. Die EU gibt die zurückgehaltenen Kredite frei.

RAMONA HERING

# BIS ES KLICK MACHT

INTERNET-PLATTFORM ZUR EUROPAPOLITISCHEN BILDUNG GEHT ONLINE

**Das Jahr 2012 geht da weiter, wo 2011 aufhörte: mit der Eurokrise. Europa lernt ökonomische Anpassungsmaßnahmen kennen, die bis dato nur den verschuldeten Ländern des Südens vorbehalten waren.**

Dänemark übernimmt die Ratspräsidentschaft, in Frankreich wird ein neuer Präsident gewählt. Vielleicht wird damit das Ende der Ära «Merkozy» eingeläutet, die der EU-Krisenpolitik des Jahres 2011 ihren Stempel aufdrückten. Im Juni wird Zypern die Ratspräsidentschaft von Dänemark erben. Und weil nur ein Teil Zyperns Mitglied der EU ist, wird die Türkei in der zweiten Jahreshälfte die Beziehungen zur EU einfrieren. Zugleich werden, das ist jedenfalls zu hoffen, viele Menschen europaweit gegen Rettungsschirme und -fonds und vor allem gegen deren Folgen kämpfen. Überall spüren vor allem diejenigen, die noch nie viel hatten, die Folgen der Politik der Europäischen Union und engagieren sich gegen die Konsequenzen. Gleichzeitig ist das Wissen über die Mechanismen der EU-Machtpolitik und über das Wechselspiel zwischen Institutionen und Lobbyisten verschiedener Couleur vielfach rudimentär. Diese EU durchschaubar zu machen und damit auch ein wenig mehr angreifbar, ist das Ziel des neuen Bildungsinstruments der Rosa-Luxemburg Stiftung. Die Webseite [www.europa-links.eu](http://www.europa-links.eu) soll mehr Handlungsfähigkeit in Bezug auf Europapolitik ermöglichen. Handlungsfähigkeit und Kompetenz – beides wird gebraucht, um die Europäische Union zu verstehen, sie wirksam kritisieren und ihre Politik bekämpfen zu können. Aber auch, um den EU-Apparat dort, wo es sinnvoll ist, für sich zu nutzen. Die Idee eines gemeinsamen und prosperierenden Europas ist nicht immer so schlecht behandelt worden wie in der Gegenwart. Europäische Politik ist immer auch ein Spiegel- und Ab-

bild dessen, was in den Einzelstaaten Mehrheitspolitik ist. Die Webseite ist notwendig, um das Herrschafts- und Expertenwissen über diese Union aufzubrechen, Klarheit zu schaffen und Hemmungen vor diesem Institutionenmoloch überwinden zu helfen. Europa-links.eu geht von einem Bewegungs- und Projektansatz aus. Auf der Startseite präsentiert sie Projekte, die Anregungen für die politische Arbeit geben und dazu einladen sollen, sich zu informieren.

Die Website ist ein Gemeinschaftsprojekt der Akademie für Politische Bildung der Stiftung und des Brüsseler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie gibt einen Überblick über die brisantesten, für Linke relevanten europäischen Themen, und sie stellt über 200 europäische Projekte und Organisationen vor. Eine weitere Besonderheit: Das Team, das hinter der Webseite steht, unterstützt Interessierte dabei, eigene Europa-Projekte zu entwickeln – egal, ob es ein Diskussionsabend zur Eurokrise, eine Ausstellung zur Lage von Flüchtlingen in der EU oder eine Bildungsfahrt nach Brüssel, oder in andere europäische Städte ist. Im November 2011 startete das Projekt. Bereits zwei erfolgreich durchgeführte Pilotseminare belegen den großen Bedarf an europapolitischer Bildung und Vernetzung. Im Dezember 2010 organisierte die Landesstiftung Nordrhein-Westfalen in Brüssel ein Seminar zu Lateinamerika, im Juni 2011 fand das Seminar «Die Beziehungen der EU zu Nordafrika» in Innsbruck statt, vorbereitet vom Münchner Regionalbüro der Stiftung (siehe Rosa-Lux 3-2011). Beide Veranstaltungen stießen auf großes Interesse. Das Jahr 2012 wird, wenn es denn so weitergeht, vielleicht auch ein Jahr des linken Europa.

**RAMONA HERING IST REFERENTIN FÜR EUROPÄISCHE POLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

STEFFEN KÜHNE

# WÜTENDE GENERATION KRISE

SCHULDENKRISE UND PROTESTBEWEGUNGEN IN EUROPA

**Seit «die Krise» 2007 in unser aller Leben trat, wechselt sie, zumindest in der Beschreibung durch die Medien, immer mal wieder ihren Schwerpunkt. Sie befällt ein Rädchen des kapitalistischen Weltwirtschaftsgefüges nach dem anderen.**

Derzeit wird sie in Deutschland vor allem als «Eurokrise» tituliert. Gemeint ist die drohende Eskalation der Wirtschafts- und Verschul-

dungslage einer ganzen Reihe von Staaten des Euroraums. Nicht nur Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Irland sind hiervon betroffen, sondern mindestens auch all jene, die sich mit ihnen das Zahlungsmittel teilen. Um den Dominoeffekt drohender Staatsbankrotte abzuwenden, werden den im vergangenen Jahr neu gewählten oder eingesetzten Regierungen besagter Krisenländer Auf-

## **JULI 2011**

Die EU-Länder beschließen ein zweites Rettungspaket für Griechenland, das auch eine Beteiligung privater Gläubiger vorsieht. Mehrere Ratingagenturen kündigen an, die Beteiligung privater Gläubiger als Zahlungsausfall zu werten.

## **NOVEMBER 2011**

Nach anhaltenden Protesten kündigt Griechenlands Premier Papandreou ein Referendum über die EU-Hilfen an. Europäische PolitikerInnen reagieren entsetzt, Papandreou zieht die Idee zurück und reicht den Rücktritt ein. Neuer Ministerpräsident wird der ehemalige EZB-Vize Papademos.

## **NOVEMBER 2011**

Auch Italien gerät immer stärker unter Druck. Premier Silvio Berlusconi tritt zurück, nachdem er ein umfangreiches Sparpaket auf den Weg gebracht hat. Sein Nachfolger wird der ehemalige EU-Kommissar Mario Monti. Er kündigt weitere Sparmaßnahmen an.

## **JANUAR 2012**

Die Euroländer einigen sich auf strenge Obergrenzen für Staatsausgaben und Sanktionen für Länder, die diese Grenze verletzen: die Europäische Fiskalunion. Derweil entzieht die Ratingagentur Standard & Poor's erstmals auch Frankreich und Österreich die Bestnote AAA.

lagen verordnet, die sich als drastische Verschärfung einer bereits länger wütenden Sparpolitik auswirken: Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur, die mitunter zum Zusammenbruch von Kernbereichen der Daseinsvorsorge führt, Massenentlassungen, Renten- und Lohnkürzungen, deren soziale Folgen sich noch kaum erahnen lassen.

Überall in Europa ist die Krise nun «angekommen» – fast überall sehr viel härter als in Deutschland. Entsprechend wächst die Wut der Betroffenen. Das «Revolutionsjahr» 2011 war daher nicht nur geprägt von Umbrüchen im arabischen Raum, sondern auch von heftigen sozialen Kämpfen in Europa. Die neu entstandenen und entstehenden Bewegungen beziehen sich ausdrücklich aufeinander. Angestoßen und getragen werden sie maßgeblich von jungen Menschen, die sich keiner politischen Organisation zuordnen, ja, mehr noch: die sich vom etablierten politischen System – inklusive der politischen Linken – nicht vertreten fühlen. Sie eint ein Gefühl, nicht einverstanden zu sein mit dem politischen Geschehen. Gerade der Verzicht auf ideologische Begründungen verschafft ihnen Sympathie im In- und Ausland.

Die Protestierenden werden häufig als «Generation Krise» charakterisiert, die der Jahrzehnte geltenden Gewissheit beraubt ist, mit guter Ausbildung und einiger Anstrengung mindestens den Lebensstandard der Eltern zu erreichen. Sie kommen ohne FührerInnen aus, sie vernetzen sich in digitalen Plattformen und tragen ihre Empörung gemeinsam in die Öffentlichkeit. Nicht die exakte Höhe des letzten Banken-Rettungsschirms oder die Regierungserklärung zum jüngsten Spar-

programm sind für das Aufwallen dieser Empörung ausschlaggebend. Es ist die über einen langen Zeitraum gereifte Erkenntnis, dass die Angriffe auf Sozialstaat, Bildung und demokratische Rechte weitergehen werden und dass keiner der politisch Verantwortlichen Lösungen anzubieten kann, die für mehr als nur einige wenige funktionieren. Die Akteure und RepräsentantInnen des Kapitals sind in vielen Staaten Europas nachhaltig delegitimiert. Ihr Fortbestand scheint derzeit weniger durch neue Wasserwerfer, blutige Räumungen und Strafverfolgung gesichert, als dadurch, dass es an Strukturen und Konzepten für eine politische und soziale Alternative fehlt.

Die bekannten politischen Rezepte gelten bis in die bürgerlichen Medien hinein als widerlegt, der Kapitalismus wird offen hinterfragt, die Regierungen gelten als unfähig, und weite Teile der Bevölkerung sind empört – trotzdem können etablierte linke Strukturen, Parteien und Gewerkschaften, aber auch soziale Bewegungen und radi-

kal linke Organisationen diese Gemengelage seit Jahren nicht in eigene Erfolge ummünzen. In ihrer Kommisslosigkeit überholen die Proteste nicht nur mühelos das parteilinke Rhetoriksortiment zu Demokratie und sozialer Frage. Sie kombinieren ihre Forderungen auch mit einer entschlossenen Praxis, die neben Demonstrationen und Versammlungen die Besetzung von Plätzen und Gebäuden einschließt. Wo sie sich anstrengt, gelingt es der politischen Linken durchaus, bestehendes Misstrauen zu überwinden und aktiver Teil der Proteste zu werden. Doch einen automatischen Anspruch auf Teilhabe kann sie aus den Rückzugsgefechten gegen die neoliberale Politik der letzten Jahre (und mitunter ihrer Mitverantwortung für diese!) nicht ableiten.

Es steht zu hoffen, dass die Vernetzung der Bewegungen und Akteure weiter ausgebaut wird – innerhalb der Proteste und zwischen den Ländern. Eine breite Politisierung in Debatten um das Gemeinsame, um übergreifende Forderungen und Strategien der Unzufriedenen wären der aktuellen Lage angemessen. Zwar stimmt es, dass gute Gründe und Empörung allein noch nie zum Aufschwung sozialer Kämpfe mit emanzipatorischem Potenzial geführt haben. Doch die Hoffnung auf Veränderung strahlt immer noch aus. Nun soll nach längerer Empörungspause auch im Mutterland des Troika-Irrsinn das Zaudern überwunden und ein

deutliches Signal der Solidarität an die Proteste in anderen Teilen Europas gesendet werden: In Frankfurt/Main, dem «Herz der Bestie», wie erste Aufrufen schreiben, sind im Mai 2012 Massenaaktionen geplant, die den Finanzplatz blockieren sollen – nicht nur symbolisch. Wer diesen Frühling Wichtigeres vorhat, darf sich nachher nicht beschweren.

**STEFFEN KÜHNE IST REFERENT FÜR NACHHALTIGKEIT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

**AAA Großbritannien**



*Foto: Lara & Andreas Dergis/Pixelio*

BIP (Mio. Euro)	1.747.316
Wirtschaftswachstum (%)	0,7
Etatkürzungen (% vom BIP)	5,5
Zinssatz für Staatsanleihen (%)	2,1
Arbeitslosenquote (%)	8,4
Mittleres Einkommen (Euro)	16.276

**AA+ Frankreich**



*Foto: Taxianhos28/Wikipedia*

BIP (Mio. Euro)	1.987.699
Wirtschaftswachstum (%)	1,6
Etatkürzungen (% vom BIP)	5,0
Zinssatz für Staatsanleihen (%)	3,2
Arbeitslosenquote (%)	9,9
Mittleres Einkommen (Euro)	19.760

**BBB+ Irland**



BIP (Mio. Euro)	156.109
Wirtschaftswachstum (%)	1,1
Etatkürzungen (% vom BIP)	9,6
Zinssatz für Staatsanleihen (%)	8,7
Arbeitslosenquote (%)	14,5
Mittleres Einkommen (Euro)	22.445

# WAS BLEIBT ÜBRIG VON EUROPA?

DAS JAHR 2014 – DREI SZENARIEN ZUR ZUKUNFT DES KONTINENTS

Foto: DIE LINKE im Bundestag



## REIF FÜR DIE INSEL

Europa im Jahr 2014. In allen EU-Staaten haben Banker die Regierungsgeschäfte übernommen. Sie treffen auf dem 100. EU-Krisengipfel zusammen, um über einen neuen Sparpakt zu verhandeln. Die Kürzungen des Fiskalvertrags von 2012 reichen nicht aus, um die Rendite der Banken auf einem akzeptablen Niveau zu halten. Nun stehen die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden,

die Anhebung des Rentenalters auf 80 Jahre und eine Mehrwertsteuer von 50 Prozent auf dem Programm. Darüber hinaus sollen die Parlamente samt Verwaltung eingespart werden. Sie haben ohnehin nichts mehr zu sagen. Allerdings läuft der Gipfel (Motto: «Slim State»), der von einem Kosmetikkonzern gesponsort wird, nicht wie geplant. Die TeilnehmerInnen haben nicht mit der Occupy-Bewegung gerechnet. Die belagert sämtliche Ausgänge des Brüsseler Hotels, in dem der Gipfel stattfindet. Auch den Hubschrauberlandeplatz hat sie mit Zelten besetzt. Angeführt werden die Proteste von den sogenannten «Inseleuropäern», die mit der Aktion gegen die unlängst vereinbarten «Debt For Equity Swaps» (DFES) protestieren. Diese sehen vor, alle europäischen Inseln einem Bankenkonsortium zu überschreiben und die BewohnerInnen aufs Festland umzusiedeln. Die DFESs sollen Banken und Multimillionäre für Verluste entschädigen, die durch die Staatsbankrotte in Griechenland, Zypern, Portugal, Irland, Spanien, Italien und Slowenien entstanden sind. Statt über den Sparpakt diskutieren die Banker jetzt also darüber, wie sie sich aus ihrer misslichen Lage befreien können. Während die einen nach NATO-Truppen rufen, bringt der österreichische Sparkommissar Josef Ackermann eine Finanztransaktionssteuer von 0,0001 Prozent ins Gespräch. Sie soll dem Protest den Wind aus den Segeln nehmen. Wie wird der hundertste Krisengipfel ausgehen? Wir wissen es nicht.

**SAHRA WAGENKNECHT IST STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DER PARTEI DIE LINKE UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE SPRECHERIN DER LINKSFRAKTION IM BUNDESTAG**

Foto: Pia Heuer/IPPNW



## NICHT ERDBEBENSICHER

Das Beben der Finanzmärkte hat das «europäische Haus» in seinen Grundfesten erschüttert. Der Kapitalismus hat eine instabile Tektonik. Um die Schäden der periodischen schweren Beben zu begrenzen, muss die Architektur des Hauses erdbebensicher sein. Doch die politischen Eliten des Kontinents haben bei der Statik gespart. Und sie haben in der Beletage ein Casino eingerichtet, wo

diejenigen, die über Geldvermögen verfügen, ihr Geld für sich «arbeiten» lassen können. Sie sind reicher geworden – aber nur, weil zugleich Arbeitseinkommen gedeckelt und Sozialleistungen zusammengestrichen wurden. Mit der Ungleichheit haben die sozialen und politischen Gegensätze zugenommen. Ratingagenturen haben sich beim Schüren der Gegensätze zwischen arm und reich und zwischen den Nationen besonders hervorgetan. Schrottpapiere bewerteten sie als erstklassig, souveräne SchuldnerInnen stuften sie herunter und steigerten so die Zinsenlast, unter der die Menschen leiden. Zum Beispiel in Griechenland, wo dem Schuldendienst an Finanzinstitute das Gesundheitssystem und mit ihm die Gesundheit der Menschen geopfert wird. Die Integration Europas kann nur glücken, wenn im «gemeinsamen Haus» nicht die einen schwer schufeten und die anderen das erarbeitete Geld verjuxen. Also sind Regeln auf den Finanzmärkten nötig. Die großen Vermögen müssen abgeschöpft werden. Gefährliche Spekulationsgeschäfte gehören verboten, die Macht der Ratingagenturen beschränkt. Das Casino muss geschlossen werden. Dann könnte Europa 2014 ein wirtschaftlich blühender, sozial ausgeglichener, politisch geeinter Kontinent sein. Lassen sich die EuropäerInnen weiter von Finanzmarktakteuren und ProfitjägerInnen, korrupten PolitikerInnen, TechnokratInnen oder semifaschistischen NationalistInnen am Nasenring durch die Weltgeschichte ziehen, wird 2014 von Europa nicht viel übrig sein.

**ELMAR ALTVATER IST EMERITIERTER PROFESSOR FÜR POLITIKWISSENSCHAFT UND MITGLIED IM WISSENSCHAFTLICHEN BEIRAT VON ATTAC**

## DIE STIFTUNG ZUR KRISE



**ARGUMENTE** In der Reihe «Luxemburg Argumente» ist die Broschüre «Ist die ganze Welt bald pleite?» erschienen. Mit 20 populären Irrtümern setzt sich das Heft «Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen» auseinander. Auch als Podcast unter [www.rosalux.de/publication/37900](http://www.rosalux.de/publication/37900) und auf CD nachzuhören.

**STANDPUNKTE** Zur Finanzindustrie schreibt Ulrich Busch (3/2012). Das Institut für Gesellschaftsanalyse untersucht die «Offene historische Situation» (38/2011). Auf Englisch liegt das Policy

Paper «Controlling the financial markets instead of crushing the population of debtor nations» vor. Unter [www.rosalux.de/publikationen](http://www.rosalux.de/publikationen) als pdf-Download verfügbar.

**LUXEMBURG** Mit dem Widerstand gegen die herrschende Krisenpolitik befasst sich die Ausgabe 4/2011 der Stiftungszeitschrift «LuXemburg». Titel des Heftes: «Re-Organisieren». Mehr unter [www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de)

**ONLINE** Ein Themen-Spezial zur Schulden- und Eurokrise findet sich unter [www.rosalux.de/news/37924](http://www.rosalux.de/news/37924). Ein Dossier zur Finanzkrise ist über [www.rosalux.de/gesellschaftsanalyse](http://www.rosalux.de/gesellschaftsanalyse) abrufbar. Aktuelle Positionen enthält das Weblog «Mehring1» unter <http://ifg.rosalux.de/>. Bildungsbausteine zur Europapolitik können der Seite [www.europa-links.eu](http://www.europa-links.eu) entnommen werden (siehe auch Seite 22).



## DIE GUTE MEERLUFT

Die Futures-Broker, WahrsagerInnen der säkularen Welt, hatten es vorhergesehen. Das Mittelmeer tickt anders, vielleicht ist es die Meerluft. Nun gibt es zwei Europas. Nach weiteren Rettungsschirmen, Generalstreiks und Revolten ging Griechenland Pleite, was innerhalb einer Börsensekunde Italien, Spanien, Portugal mit in den Strudel riss – man erklärte den Zahlungsstopp. Von den interna-

tionalen Finanzströmen abgeschnitten, waren die Mittelmeerländer auf sich gestellt und bildeten eine neue Handelszone: BTSS – «By The Sea Side». Anfangs konnten keine Löhne und Renten gezahlt werden. Die Banken wurden verstaatlicht. Medikamente, Sprit, High-Tech waren knapp, den Güterbedarf musste die eigene Produktion decken, wozu der Staat riesige Konjunkturprogramme ankurbelte. Da die neue Währung nur ein Dreizehntel des Euro wert ist, zogen sich nordeuropäische Firmen zurück. Die von ihnen verdrängten heimischen Betriebe nahmen die Arbeit wieder auf. Nun floriert eine riesige Lebensmittelindustrie. Sie exportiert aggressiv nach Nordeuropa. Der Tourismus boomt, nie war Strandurlaub so billig. Mit Tunesien und Ägypten wird über Energieabkommen verhandelt, beide Länder planen den BTSS-Beitritt. Wind, Sonne, Wasser sollen gemeinsam genutzt werden. Die Chancen, den günstigen Ökostrom bald zu exportieren, stehen gut. Für die Euroländer gelten hohe Einfuhrzölle, unter den BTSS-Mitgliedern gibt es Ausgleichsmechanismen, um große Unterschiede in den Handelsbilanzen zu vermeiden. Es ist nicht das Paradies, aber eine nachhaltigere Perspektive, als sie der Teufelskreis aus Neuverschuldung, Rettungsschirm und Sparprogrammen bot. Derweil brechen die deutschen Exporte ein, die Arbeitslosigkeit steigt. Was soll's, einer muss im Kapitalismus immer dran glauben. Wenigstens gibt es jetzt auch in Deutschland den Nährboden für die lang ersehnten Krisenproteste.

**MARGARITA TSOMOU IST JOURNALISTIN UND AKTIVISTIN UND PENDELT ZWISCHEN GRIECHENLAND UND DEUTSCHLAND**

**VERANSTALTUNGEN** Bayern 24.3., Bischofsgrün: Krisen im Kapitalismus. Berlin 12.5., Rosa-Luxemburg-Stiftung: Politische Streiks in Europa. 22.5., Helle Panke: Weltwirtschaftliche Ungleichgewichte. Baden-Württemberg 18.–20.5., Ladenburg: «Finanzkrise und EU» Brandenburg 26.3., Nauen: Christa Luft zum Euro. Nordrhein-Westfalen 6.3., Paderborn/7.3., Düsseldorf: Unctad-Chef Flassbeck zu «Europa am Abgrund?» 19.4., Soest: Geld und Krise. Hamburg 13.+22.3., 4.+19.4., Centro Sociale: «Europa – Hegemonie – Krise». Hessen 20.4., Frankfurt/Main: Game over. Mecklenburg-Vorpommern 12.3., Grevesmühlen: Auswege aus der Krise. Rheinland-Pfalz 3.5., Mainz: Sahara Wagenknecht: «Freiheit statt Kapitalismus». Sachsen 18.4., Leipzig: Axel Troost zu Krisenstrategien. Mehr unter [www.rosalux.de/veranstaltungen.html](http://www.rosalux.de/veranstaltungen.html).

## KRISENGLOSSAR

**AUSTERITÄTSPOLITIK** Politik der Ausgabenkürzungen. Sie folgt der Annahme, dass in Krisenzeiten nur Sparsamkeit die Situation von Staaten verbessert bzw. mangelnde Sparsamkeit ursächlich für die Krise der Staatsfinanzen sei. Damit steht sie im Gegensatz zu Auffassungen, die durch staatliche Ausgaben das Wirtschaftswachstum anregen wollen.

**DERIVATE** sind «abgeleitete» Finanzinstrumente, mit denen man auf die Entwicklung von Preisen und Kursen anderer Handelsgüter wetten kann.

**EURO-BONDS** von einigen EU-Staaten vorgeschlagene Gemeinschaftsanleihen aller Euroländer. Durch solche Anleihen könnten sich Staaten mit hoher Zinslast günstiger Kredite an den Finanzmärkten beschaffen. Die Bundesregierung lehnt Euro-Bonds ab.

**HEDGEFONDS** sind Investmentfonds, die sich auf Anlagestrategien mit hohem Risiko und hohen Renditen konzentrieren. Da Hedgefonds auch auf die Kursentwicklung der Euroländer spekulieren, gelten sie als mitverantwortlich für die Schuldenkrise in Europa.

Als **NEW DEAL** wird eine Reformpolitik bezeichnet, mit der der damalige US-Präsident Roosevelt in den 1930ern auf die Wirtschaftskrise reagierte. Der Staat rettete strauchelnde Banken und versuchte, durch Staatsausgaben Arbeit zu schaffen und die Wirtschaft anzukurbeln.

**RATINGAGENTUREN** Unternehmen, die die Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Staaten mit Noten (sogenannten Ratings) bewerten. Staaten mit guten Ratings müssen für Kredite niedrigere Zinsen zahlen also solche mit schlechten. Die wichtigsten Ratingagenturen sind Standard & Poor's, Moody's und Fitch.

Als **EURO-RETTUNGSSCHIRM** werden Maßnahmen und Institutionen bezeichnet, mit denen Staatspleiten in der Eurozone abgewendet werden sollen. Hierzu gehört insbesondere die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität EFSF, ein europäischer Fonds, der sich Geld auf den Kapitalmärkten leiht und es an klamme Eurostaaten weiterverleiht. Der ESFS wird im Juli 2012 vom dauerhaften Rettungsfonds ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) abgelöst.

Die **SCHULDENBREMSE** wurde 2009 im Grundgesetz verankert. Sie begrenzt die Kreditaufnahme des Bundes und verbietet sie den Ländern ganz. Eine solche Schuldenbremse soll laut EU Fiskalpakt nun auch in anderen europäischen Staaten eingeführt werden – bei Verstoß drohen Geldstrafen.

**STAATSANLEIHEN** sind festverzinsliche Wertpapiere, meist über einen Zeitraum von zehn bis 30 Jahren. Sie sind die wichtigste Form, wie sich Staaten auf den Finanzmärkten Geld beschaffen.



Studienwerksveranstaltung für StipendiatInnen in Berlin

KATRIN SCHÄFGEN

# GELD IST NICHT ALLES

STUDIE: GROSSE ZUFRIEDENHEIT MIT SEMINARPROGRAMMEN DER FÖRDERWERKE

**Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde im Jahr 2009 eine Evaluation der Seminarprogramme in den elf Begabtenförderwerken durch Professor Ernst Hany von der Universität Erfurt durchgeführt.**

Untersuchungsziel war es, die einmalige Kombination von materieller und ideeller Förderung in der Begabtenförderung hinsichtlich ihrer Effekte auf Leistungsfähigkeit, Verantwortungsübernahme und Persönlichkeitsentwicklung der Geförderten zu überprüfen und Handlungsempfehlungen für Verbesserungen auszusprechen. Dazu wurden insgesamt 2.452 StipendiatInnen, 1.712 Ehemalige, 51 Regional- und Ortsgruppen sowie 80 VertrauensdozentInnen aller Werke zu ihren Erwartungen und Erfahrungen mit dem Förderprogramm des jeweiligen Studienwerks befragt. Die Ergebnisse liegen seit Herbst 2011 vor. Sie bescheinigen allen Begabtenförderwerken ein sehr hohes Maß an Zufriedenheit der StipendiatInnen und Ehemaligen mit der ideellen Förderung. Sie hat laut der Studie einen deutlich stärkeren Einfluss auf Persönlichkeitsentwicklung, auf gesellschaftlich verantwortliches Handeln und Engagement als das Studium. Je nach politischer, konfessioneller und weltanschaulicher Ausrichtung des Förderwerks sowie seiner Orientierung auf Wirtschaft oder Gewerkschaften unterscheiden sich jedoch die Ziele und damit die Ausgestaltung der ideellen Förderung. Gemessen an Zielen wie «Politisches Engagement und soziale Verantwortung» und «Solidarität, Partizipation und Interdisziplinarität»

kann die Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung als gelungen bezeichnet werden. Befragt wurden 85 StipendiatInnen, 44 Ehemalige, einige Regionalgruppen sowie einzelne VertrauensdozentInnen. Sie heben hervor, dass die Stiftung insbesondere kritisches Denken, gesellschaftliches Engagement, Akzeptanz von Andersartigkeit, politisches Denken und Handeln, die Förderung von Frauen und allgemeiner Gleichstellung sowie soziale Verantwortung befördern will. Die Vermittlung von Werten oder weltanschauliche Orientierungen rangiert dagegen am Ende der Skala. Die Ergebnisse im Einzelnen:

**GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT** Fast 70 Prozent der StipendiatInnen und 57 Prozent der Ehemaligen gaben an, dass die ideelle Förderung der Stiftung ihr gesellschaftliches und soziales Engagement verstärkt habe. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Mitbestimmung unter StipendiatInnen und Ehemaligen erhalte einen größeren persönlichen Stellenwert. Diese Wirkung ist bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung signifikant stärker als bei anderen Förderwerken. Irritierend ist dagegen, dass das tatsächliche Engagement während der Förderung im Vergleich zu davor abnimmt. Zwar betrifft dieser Befund alle Förderwerke, und der Anteil von Engagierten bleibt auch während der Förderung vergleichsweise hoch. Dennoch: Etwa jede vierte gesellschaftspolitisch aktive StudentIn oder PromovendIn gab ihr Engage-

gement während der Förderzeit auf. Vor der Aufnahme in das Förderprogramm waren etwa 87 Prozent der StipendiatInnen gesellschaftspolitisch engagiert, während der Förderung nur noch 63 Prozent. Beim sozialen Engagement schrumpfte der Anteil von 72 auf etwa 46 Prozent, beim kulturellen Engagement von 47 auf 28 Prozent. Die Studie selbst löst das widersprüchliche Ergebnis nicht auf. Antworten erhofft sich die Stiftung durch eine eigene Befragung von Ehemaligen, die im Herbst 2012 vorliegen wird.

**KRITISCHES DENKEN UND ETHISCHE REFLEXION** Das Interesse für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wächst durch das Förderprogramm bei vier von fünf StipendiatInnen und rund drei Viertel der Ehemaligen. Auch diese Wirkung ist in der Rosa-Luxemburg-Stiftung signifikant höher als in anderen Förderwerken. Unterdurchschnittlich ausgeprägt ist jedoch die Förderung der Reflexion von Wissenschaft, Wirtschaft und persönlicher Lebensführung, die ethische Reflexion persönlicher Lebensführung oder der persönliche Stellenwert von Moral.

**GENDERKOMPETENZ UND GLEICHSTELLUNG** Obwohl Genderkompetenz keinen eigenen Schwerpunkt im Förderprogramm darstellt, wird sie in der Stiftung stärker als in anderen Werken gefördert. Auch der Einsatz von Stipendiat/innen und Ehemaligen für die Belange Benachteiligter und die Solidarität mit Schwächeren aufgrund der Förderung ist in der RLS signifikant höher als bei anderen Werken.

**SELBSTVERANTWORTUNG** Etwa drei Viertel der StipendiatInnen und die Hälfte der Ehemaligen geben an, dass die Förderung ihre Initiative und ihren Gestaltungswillen verstärkt hat. Dies wird insbesondere durch Partizipationserfahrungen erreicht. Der Einfluss der Förderung auf die Klärung von Lebenszielen oder die Vermittlung von Fertigkeiten, wie sie zu erreichen sind, ist bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung jedoch unterdurchschnittlich ausgeprägt. Gleiches gilt für die Verstärkung von Durchhaltevermögen oder Selbstdisziplin.

**VERANSTALTUNGEN** Das Veranstaltungsprogramm des Studienwerks wird durchgehend als positiv bewertet, die Organisation als professionell. Die Inhalte sind laut den Befragten von hoher gesellschaftlicher Relevanz geprägt. Den DozentInnen wird starkes Engagement und hohe fachliche Kompetenz zugesprochen, die Atmosphäre und die Möglichkeiten zur Diskussion werden als sehr gut eingeschätzt. Gewünscht werden mehr Angebote zu Methoden wissenschaftlichen Arbeitens, zu Themen aus Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik wie zu Inhalten des eigenen Studienfach. Auch die Beratung durch die MitarbeiterInnen des Studienwerks wird sehr gut bewertet hinsichtlich Professionalität, individueller Lösungsangebote und schneller Reaktion. Zufriedenheit äußert die Mehrheit der StipendiatInnen auch zu den Möglichkeiten der Mitbestimmung, etwa bei der Themenwahl und der Ausgestaltung von Veranstaltung. Die Selbstorganisation wird von 50 Prozent der StipendiatInnen aktiv wahrgenommen. Problematisch erscheint dagegen, dass zu viele Veranstaltungen in Berlin stattfinden. Dadurch wird eine breite Beteiligung erschwert. Ebenfalls gewünscht wird eine stärkere Einbeziehung von StipendiatInnen in die Gremien und Entscheidungsstrukturen der Stiftung.

**RESÜMEE** Die ideelle Förderung stellt ein deutliches Plus gegenüber reiner finanzieller Absicherung dar. Sie fördert kritisches Denken und gesellschaftliche Reflexion ebenso wie Engagement und Mitbestimmung. Zugleich stärkt sie gesellschaftliches Engagement, soziale Verantwortung, Solidarität und Partizipation. Die Maßnahmen der einzelnen Förderwerke erzielen im Wesentlichen die gewünschten Ergebnisse. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung lässt sich konstatieren, dass das Erreichen des Ziels, mit politischer Bildung zu Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität sowie zum Ausgleich sozialer, geschlechts- oder ethnisch bedingter Benachteiligung beizutragen, durch das Seminarprogramm unterstützt wird. An Schwächen wie der Berlin-Zentrierung sowie dem Mangel an methodischen und fachspezifischen Angeboten gilt es künftig zu arbeiten.  
**KATRIN SCHÄFGEN LEITET DAS STUDIENWERK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

SANDRA THIEME

# NICHTS WIE WEG HIER

EHEMALIGE STIPENDIATINNEN AM MITTEL- UND OSTEUEPÄISCHEN ARBEITSMARKT

**AkademikerInnen, die sich nach dem Studium oder der Promotion in den mittel- und osteuropäischen Ländern durchschlagen, haben es nicht leicht – selbst bei sehr guten Qualifikationen, Auslandsaufenthalte in Deutschland inbegriffen.**

Das zeigen die Erfahrungen ehemaliger StipendiatInnen, die das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den letzten Jahren mit Geldern des Auswärtigen Amtes gefördert hat. Auf dem Ehemaligentreffen des Studienwerks, das im August 2011 in Prag stattfand, berichteten Alumni aus Russland, Polen, Tschechien und den USA von ihren mühsamen und nur teilweise erfolgreichen Versuchen, in der heimischen Arbeitswelt Fuß zu fassen. Gesprächsbedarf gab es reichlich auf dem Treffen zum Thema «Mittel- und osteuropäische Arbeitswelten». Dabei stand der persönliche Erfahrungsaustausch im Vordergrund. Aber auch die spezifische Situation der einzelnen Länder kam zur Sprache.

Schon für deutsche HochschulabsolventInnen ist es nicht einfach, einen Job zu finden, der ihren Qualifikationen und Wünschen entspricht und von dem es sich leben lässt. In den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas ist die Situation noch deutlich schwieriger. Russische Alumni berichteten auf dem Treffen von extrem schlechten Arbeitsbedingungen, hoher Arbeitslosigkeit, wenigen attraktiven Stellen, die zudem meist in den teuren Metropolen angesiedelt sind, und einer Vielzahl anderer Probleme. Vom gesellschaftlichen Reichtum seien viele RussInnen ausgeschlossen, und auch politische Teilhabe liege für die meisten in weiter Ferne. Der Versuch, den zehrenden Alltag zu bewältigen, bestimme das Leben der meisten RussInnen. Der Lebensstandard der Mehrheit sei niedrig, selbst mit einer guten Ausbildung können nur wenige diesem «Schicksal» entkommen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. So ist die russische Wirtschaft stark von sogenannten Monostädten geprägt, Orten mit

einem sehr einseitig ausgerichteten Waren- und Dienstleistungsangebot. Ethnische und politische Konflikte sowie Korruption tun ein Übriges, um die Situation zu verschärfen. Verglichen mit Russland haben es AkademikerInnen in Tschechien leichter. Doch auch hier gibt es Schwierigkeiten. Ein ehemaliger Stipendiat aus Prag schilderte, dass in Tschechien zwar praktisch Vollbeschäftigung herrsche, die Jobs sich aber in den Metropolen, vor allem Prag, konzentrierten. Viele junge Leute gingen daher entweder nach Prag oder ins Ausland. Auch in Tschechien seien die Preise im Verhältnis zu den Löhnen hoch. Die Tatsache, dass ein Großteil der TschechInnen über Wohneigentum verfügt und nicht die hohen Mieten zahlen muss, ermögliche es jedoch, einen gewissen Lebensstandard zu halten.

Insgesamt, dass bestätigte auch ein Ehemaliger aus Polen, sei die Bilanz der neoliberalen Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern zwiespältig: Der gesellschaftliche Reichtum sei zwar gewachsen, die soziale Ungleichheit aber auch. Besonders in Polen

treibe die «wilde» Privatisierung Blüten. Nur eine kleine Schicht profitiere vom neuen Konsummodell. Der Rest habe Schwierigkeiten, die hohen Preise zu bezahlen, lebe auf Pump oder wandere aus.

Es verwundert nicht, dass Menschen aus diesen Regionen im Ausland ihr Glück versuchen. Aber – das zeigt das Beispiel einer Ehemaligen aus Russland, die in Deutschland einen Job gefunden hat – auch das gelingt oft nur mit Abstrichen, nicht zuletzt wegen der Diskriminierung Nichtdeutscher auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Glück und persönliche Beziehungen haben der Teilnehmerin schließlich doch zu einer – allerdings geringer qualifizierten – Stelle verholfen. Nicht geglückt ist dies einer US-Amerikanerin. Aufgrund der hierarchisch strukturierten deutschen Arbeitswelt und der komplizierten deutschen Approbationsordnung in Tiermedizin ist sie in ihrer Berufsausübung stark eingeschränkt. Ihr enttäuschtes Fazit: Ein anderes europäisches Land ausprobieren!

**SANDRA THIEME IST REFERENTIN FÜR DAS FÖRDERPROGRAMM IM STUDIENWERK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

## «CHANCE ZUR ENTFALTUNG»

STIPENDIATIN ELISABETH OMONGA ÜBER DAS FÖRDERPROGRAMM «LUX LIKE STUDIUM»

**Elisabeth Olajumoke Adeyanju Omonga (19) studiert Regionalwissenschaften Asien/Afrika und Portugiesisch an der Berliner Humboldt-Universität. Sie ist politisch aktiv bei der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, wo sie Projekte wie «Menschenrechte auch für Flüchtlinge» organisiert. Während ihrer Schulzeit brachte sie gesellschaftskritische Projekte zur Förderung kultureller Vielfalt ins Rollen. Ihre Hobbies: Tanzen (Old School Hip Hop und Breakdance), Sport (Fußball und Tennis), Poetry Slams. Berufsziel: Journalismus.**

Wie bist du auf «Lux like Studium» aufmerksam geworden?

**Elisabeth:** Bevor ich in das Stipendienprogramm aufgenommen wurde, war ich ungefähr eineinhalb Jahre Stipendiatin der Roland Berger Stiftung. Mein Mathelehrer an der Oberstufe hatte mir damals empfohlen, mich für ein Stipendium zu bewerben. Kurz vor meinem Abitur habe ich im Internet nach Stiftungen für angehende StudentInnen gesucht, deren politische Richtung ich auch vertreten könnte. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung war die einzige, der ich mich zugehörig fühlte. Daher habe ich mich nur dort beworben – mit Erfolg. Ich bin immer noch verblüfft über dieses Privileg.

Welche Vorteile hat das Stipendium?

**Elisabeth:** Neben der finanziellen Unterstützung bietet das Stipendium innovative und lehrreiche Seminare, Workshops und Ferienakademien. Ich habe bereits an einer Schreibwerkstatt teilgenommen, wodurch mir meine erste Hausarbeit leichter fiel. Außerdem habe ich beim Mentoring-Programm mitgemacht, welches eine beratende Funktion hat. Meine Mentorin, die den gleichen Studiengang an der HU wie ich studiert, hat mich in vielerlei Hinsicht unterstützt – sei es bei der Wohnungssuche, bei der Vorbereitung für ein Auslandssemester und beim Erlernen einer neuen Sprache. Oder einfach dadurch, dass wir mal gemeinsam einen Tee trinken gehen. Das Stipendium

schlägt die Brücke zwischen Studium und ideellen Lernerfahrungen außerhalb der Uni.

Was liegt dir neben deinem Studium besonders am Herzen?

**Elisabeth:** Gesellschaftliches Engagement, die ehrenamtliche Arbeit an einem Projekt oder in einem Verein. Ich bin in der Jugendpresse aktiv, schreibe Artikel für das Jugendmagazin NOIR und das europäische Internetzeitungsprojekt «European Youth Voice». Gelegentlich nehme ich an internationalen Jugendbegegnungen oder einem Austausch teil. Ich hoffe so ein breites Netzwerk von Jugendlichen aus Europa aufzubauen um gemeinsame Projekte zu starten. In Berlin will ich weiterhin in lokalen Projekten mitwirken – zurzeit setze ich mich mit einer Gruppe kritisch zum Thema Blackfacing im Theater auseinander. Das ist eine entgegenwirkende Reaktion zur Schlosspark-Theateraufführung «Ich bin nicht Rappaport». Die Stiftung berät und unterstützt mich bei meinen Vorhaben, was ich sehr schätze.

Was rätst du deinen AltersgenossInnen, die gerne studieren möchten?

**Elisabeth:** SchülerInnen ohne akademischen Hintergrund lassen sich zu oft entmutigen und wagen nicht mal den Schritt sich zu bewerben. Ich hätte nie mit einer Zusage gerechnet, habe mich aber trotzdem beworben – das kleine Fünkchen Hoffnung steckte dann wohl doch noch in mir. Sonst wären mir jetzt viele Möglichkeiten verbaut geblieben. Durch das Stipendium habe ich die Chance, eigene Ideen zu realisieren und mich zu entfalten. Diese Chance sollte für jede/n greifbar sein, denen Wege zur Chancengleichheit verschlossen wurden.

**DIE FRAGEN STELLTE NINA BORST, PROJEKTMITARBEITERIN IM STUDIENWERK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**



Elisabeth Omonga  
Foto: privat



Moskau im Februar 2012: Protest gegen die Wahlfälschungen bei den Dumawahlen im vergangenen Jahr

TIINA FAHRNI

# COMICS GEGEN PUTIN

## MOSKAU NACH DEN DUMAWAHLEN: BEOBACHTUNGEN AUF EINER PROTESTKUNDGEBUNG

**Anfang Februar in Moskau, Proteste im Zentrum der russischen Hauptstadt. Zwei Monate nach der Wahl der Staatsduma, einen Monat vor der Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation steht auf einem Transparent: «Wir frieren nicht, wir verzeihen nicht». Bei um die minus 20 Grad eine angemessene Situationsanalyse.**

Auslöser der Protestbewegung waren Wahlfälschungen im vergangenen Dezember. Trotz der Manipulationen rutschte die stärkste Partei «Einiges Russland» bei den Duma-Wahlen knapp unter 50 Prozent. Die drei weiteren Duma-Parteien – die Kommunistische Partei, Gerechtes Russland und die nationalistischen Liberaldemokraten – gewannen Stimmen hinzu. Die Losung «Für faire Wahlen» ist bei den Demonstrationen deutlich in den Hintergrund getreten. Das breite Protestbündnis hat sich auf das Motto «Keine Stimme für Putin» geeinigt – den kleinsten gemeinsame Nenner, der kaum erweitert werden kann, beurteilt man die Interessen der einzelnen Bewegungen. Schon die vier Blöcke, in denen sich die Opposition formiert, vertreten grundverschiedene Auffassungen.

Am 4. Februar sind nach offiziellen Angaben 38.000 Menschen auf der Straße, nach inoffiziellen um die 100.000. Polizei und Miliz halten sich höflich zurück, an jeder Rosa-und-Karl-Demo in Berlin ist die Präsenz spürbarer. An der Spitze des Demozuges marschieren die Bürgerbewegungen, darunter die freiwilligen Wahlbeobachter, Öko-Aktivistinnen, Feministinnen, Queer-Aktivisten. Den zweiten

Block stellen die Liberalen, ihnen folgen die Nationalisten mit der kleinsten Formation, hinter ihnen eine deutliche Lücke. Den vierten Block bilden die Linken. «So viele rote Fahnen habe ich nicht einmal zu Sowjetzeiten gesehen», beschreibt ein Journalist der unabhängigen Zeitung «Novaja gazeta» das Bild: Die «Linke Front» mit ihrem Rabauken-Anführer Sergej Udalcov, die von der KPRF abgespaltenen Hauptstadtkommunisten, Trotzlisten, Anarchisten, aber auch linke Intellektuelle und Antifa, vereint in einem Meer von Rot verschiedenster Schattierungen. Am Samstag zuvor haben sie sich auf dem Linken Forum versammelt und sich auf den Slogan «Nieder mit der Alleinherrschaft des Präsidenten» geeinigt.

Auf der Kundgebung sprechen die liberalen Anführer, die bekannte Waldschützerin von Chimki, Schriftsteller, Schauspielerinnen, aber keine Vertreter der Duma-Parteien. Die haben ja ihre Parlamentssitze gekriegt, sagen die Demonstrierenden. Ihre Plakate und Aufmachungen zeugen von viel kreativem Potenzial, das gerade freigesetzt wird – Putin und Medvedev in verschiedensten Comic-Variationen, alle Präsidentschaftskandidaten in durchgestrichenen Kästen mit dem Aufruf zum Wahlboykott. Ein junger Mann trägt ein Banner mit der Aufschrift «Auch du bist queer» mit und erklärt einem älteren Herrn etwas über Geschlechterstereotypen, ein Mädchen hat in Schnörkelschrift «Ich werde nicht von den USA bezahlt, ich bin selber hergekommen» auf einen Karton geschrieben. Niemand scheint einen Sturz Putins für realistisch zu halten, eine Stichwahl-Runde ist

die Maximalerwartung. Aber die Bürgerinnen und Bürger organisieren sich, diskutieren, fordern ihre Rechte ein. Besonders junge Menschen folgen dem Aufruf, sich als WahlbeobachterInnen einzuschreiben. «Es bildet sich eine Zivilgesellschaft heraus», antwortet ein Öko-Aktivist auf die Frage, was die Protestbewegung bewirkt. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung bedeutet das im besten Fall eine

Reihe neuer möglicher Partner, deren Positionen aber im Einzelnen genau zu betrachten sind. Aber gewisse Stoßrichtungen klingen vielversprechend: «Wir sind keine Opposition, sondern eure Arbeitgeber. Wir protestieren nicht, wir feuern euch.»

TIINA FAHRNI LEITET AB APRIL 2012 DAS AUSLANDSREGIONALBÜRO OSTEUROPA MIT SITZ IN MOSKAU

HARALD NEUBER

## SEGHERS AUF SPANISCH

SCHRIFTSTELLER TAIBO II PRÄSENTIERT EXILLITERATUR AUF BUCHMESSE IN HAVANNA

**Ein Sammelband mit Werken von fünf bekannten deutschsprachigen Autoren in Mexiko ist auf der internationalen Buchmesse in Havanna vorgestellt worden.**

Präsentiert wurde der Band «El Exilio Rojo» (Das rote Exil) mit Werken von Egon Erwin Kisch, Anna Seghers, Gustav Regler, Ludwig Renn und Bodo Uhse vom mexikanischen Schriftsteller Paco Ignacio Taibo II. Das Taschenbuch wurde in einer Auflage von 1.000 Stück von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert und wird kostenlos ausgegeben. Die AutorInnen gehören laut Taibo II – Biograf von Che Guevara und Pancho Villa – zu den größten Literaten des 20. Jahrhunderts. «Wir begleichen eine alte Schuld», sagte er in Havanna: «Die Werke der deutschen Exilanten sind heute in Mexiko kaum erhältlich.» Von Seghers kursierten einige antiquarische Bücher, von Renns «Auf den Trümmern des Kaiserreiches» (1961) finde man noch eine alte kubanische Edition. Nun sei das Interesse auch in Mexiko wieder geweckt. «In wenigen Wochen fand gut ein Dutzend Veranstaltungen statt und mehrere Verlage sind auf uns zugekommen», sagte Taibo II. Die Publikation des Buches war Ergebnis einer Stiftungstagung über «Exil und Antifaschismus in Me-

xiko» im November 2011. Dabei entstand die Idee zu dem Sammelband für die Kulturstiftung «Leer en Libertad» (In Freiheit lesen), die 2010 auf Initiative von Taibo II gegründet wurde und die Lesekultur befördern will. Die Auseinandersetzung mit dem literarischen und politischen Erbe der deutschen Exilanten sei wichtig. Taibo II: «Wir überdenken heute die Linke, wir denken sie neu.» Zu diesem Prozess gehöre das erneute Lesen der Werke der Sammelband-AutorInnen. Für den Leiter des Stiftungsbüros Zentralamerika in Mexiko-Stadt, Torge Löding, ist auch die Auswahl der Texte bedeutsam. Heute stehe man zwar nicht vor der Gefahr eines Weltkrieges wie zu deren Entstehungszeit. «Aber ähnlich dem Ende der 1920er Jahre erleidet das kapitalistische System heute eine tiefe Krise, die den Wohlstand von weltweit Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern gefährdet.» Da das Aufkommen neuer Formen faschistischer Herrschaft eine latente Gefahr sei, «lohnt es sich heute, dass wir uns mit den historischen Erfahrungen auseinandersetzen». Ausführliche Berichte zum Sammelband sind unter [www.cuba-si.org](http://www.cuba-si.org) abrufbar.

HARALD NEUBER IST LATEINAMERIKAKORRESPONDENT DER AGENTUR PRENSA LATINA UND SCHREIBT UNTER ANDEREM FÜR AMERIKA21.DE

ARNDT HOPFMANN

## PARTEI DER GUTEN HOFFNUNG

HUNDERT JAHRE ANC – EINE ERFOLGSGESCHICHTE MIT SCHATTENSEITEN

**Es gibt auf der Welt wahrscheinlich nur wenige politische Bewegungen, die über ein ganzes Jahrhundert ihren Gründungs-ideen so konsequent treu geblieben sind wie der African National Congress (ANC) in Südafrika.**

Die Forderung nach gleichen Bürgerrechten und sozialem Wohlstand für alle SüdafrikanerInnen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, war die Leitidee seines Kampfes gegen das Apartheid-Regime und blieb es auch nach 1994, als der ANC (zusammen mit der Kommunistischen Partei und dem Gewerkschaftsbund COSATU) die Regierungsgeschäfte übernahm, die die Dreierallianz bis heute ausübt. Am 8. Januar 1912 wurde im südafrikanischen Bloemfontein der South African Native National Congress als nicht-rassistische Organisation gegründet. 1923 benannte er sich in African National Congress (ANC) um. Dass der ANC über einen derart langen Zeitraum bestand und schließlich erfolgreich sein konnte, verdankt er nicht zuletzt der Weitsicht und dem persönlichen Format seiner Kader. Insbesondere in der Zeit massiver politischer Verfolgung seit 1960

haben jedoch auch das Exil und die internationale Solidaritätsbewegung dem ANC das Überleben ermöglicht und die Organisation nachhaltig geprägt. Heute, in Regierungsverantwortung, sieht sich der ANC mit neuen Herausforderungen konfrontiert: mit den noch unerfüllten Erwartungen seiner WählerInnen, aber auch mit den Ansprüchen führender Mitglieder auf politischen Einfluss und persönlichen Wohlstand. Mit dieser komplexen Konstellation befasste sich die von AfricAvenir, dem Solidaritätsdienst International (SODI!), der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft (DAFRIG) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte Konferenz «Eine Befreiungsbewegung wird Regierungsmacht – 100 Jahre ANC» mit mehr als 100 TeilnehmerInnen.

In seiner kritischen Würdigung des politischen Werdens des ANC zeichnete Denis Goldberg (selbst 22 Jahre unter dem Apartheid-Regime inhaftiert) die großen Linien des Kampfes bis in die Gegenwart nach, ohne die aktuellen Herausforderungen zu übersehen. Der Historiker und Diplomat Hans-Georg Schleicher verdeutlichte,

in welcher Weise der heutige ANC – im Positiven wie im Negativen – von den Erfahrungen des Exils geprägt ist. Schließlich problematisierten Mercia Andrews (eine Kämpferin gegen das Apartheid-Regime, die nie Mitglied des ANC war) und Dorothea Kerschgens (Aktivistin der Anti-Apartheid-Bewegung in Deutschland) die aktuelle Politik der ANC-geführten Regierungsallianz. Sie zeigten auf, dass sich seit 1994 die Unterschiede zwischen den sozialen Klassen in Südafrika verschärft haben. Die Hoffnung auf ein besseres Leben, für das der ANC mit seinem Wahlslogan «A better life for all!» wirbt, hat sich für viele SüdafrikanerInnen (noch) nicht erfüllt. Größere soziale und wirtschaftliche Fortschritte wären selbst unter den Zwängen einer globalisierten Welt möglich gewesen, so ihr Fazit.

Hier schließt sich der Kreis zu den Problemen hiesiger Politik. Denn auch in Deutschland ist das Phänomen bekannt, dass die mit viel Hoffnung gewählten Parteien ihre WählerInnen nicht selten enttäuschen – das hat leider auch die politische Praxis der nunmehr vergangenen Linkskoalition in Berlin gezeigt.

**ARNDT HOPFMANN IST LEITER DES REFERATS AFRIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**



ANC-Frauen beim Womens League March 2009. Foto: bbcworldservice/Flickr

PETER SCHÄFER

## OHNE «WESTLICHE» OPPOSITION

NACH DER WAHL IN ÄGYPTEN MUSS SICH DER UMGANG MIT DEM LAND ÄNDERN

**Ein historischer Tag: Am 23. Januar trat in Kairo das erste frei gewählte Parlament («Unterhaus») zusammen. Gut eine Woche später folgte die Wahl des Oberhauses, das jedoch auf den größten Teil der Gesetzgebung weniger Einfluss hat.**

Die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (Muslimbrüder) hält nun mit 228 von 508 Sitzen fast die alleinige Mehrheit im Unterhaus. Ganz offenbar wurde sie nach dem Wegfall der ehemals regierenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) von den meisten WählerInnen als seriöseste Alternative gesehen. Die Muslimbrüder sind nicht nur über ihre Wohlfahrtsarbeit im ganzen Land seit Jahrzehnten vernetzt. Sie konnten sich in den vergangenen zehn Jahren auch innerhalb des Systems betätigen, zumindest in der Lokalpolitik, aber auch im Parlament.

Die wirkliche Überraschung dieser Wahl ist jedoch das Abschneiden der salafistischen Nour-Partei. Sie schaffte es aus der mit Folter bekämpften Opposition heraus, sich mit 127 Mandaten als zweitstärkste Kraft zu etablieren. Sicherlich hat ihr die Kompromissbereitschaft der Muslimbrüderpartei viele Protestwähler zugetrieben. Muslimbrüder und Salafisten sind sich spinnefeind. Die Wahlsieger werden die Arbeit der starken Nour-Fraktion jedoch als Gegengewicht zu den Forderungen der 12 kleineren Fraktionen – von rechtsliberal bis sozialistisch – zu nutzen wissen, um sich erfolgreich als

politische Mitte und Stabilitätsgarant zu etablieren. Die drittstärkste Kraft (38 Sitze) ist weit abgeschlagen die wirtschaftsliberale Wafd-Partei. Die linke Sozialistische Volksallianz ist mit sieben Abgeordneten vertreten. Eine sehr große Bevölkerungsgruppe fehlt fast völlig in der neuen Volksvertretung: Nur zehn der Sitze sind von Frauen besetzt.

Nun wird die Zukunft Ägyptens erst nach Klärung der künftigen Rolle des derzeit regierenden Militärrats, der Präsidentenwahl im Juli und der Einsetzung einer neuen Regierung zu bestimmen sein. Fest steht jedoch bereits, dass sich der deutsche Umgang mit dem Land ändern muss. Nicht nur die alte Regierungspartei, auch ein großer Teil der vormals bekannten «westlichen» Opposition ist weg. Und die große Bandbreite religiös geprägter Zusammenschlüsse – von den jungen Muslimbrüder in der Sozialistischen Volksallianz bis hin zu der salafistischen Nour – macht klar, dass es «den Islamismus» nicht gibt. Hier sind nun Interesse und Offenheit im Umgang mit der neuen Lage und der Abschied von vorschnellen Urteilsfindungen gefragt. Demokratische Entwicklung ist nicht innerhalb eines Frühlings zu machen. Und kontrollierende externe Einflussnahme ist hierbei sicherlich wenig hilfreich.

**PETER SCHÄFER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IM PALÄSTINENSISCHEN RAMALLAH**

---

**NEUES BÜRO** Aufgrund der politischen Entwicklungen baut die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Arbeit in der Region Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika und Türkei aus. Für Herbst 2012 ist die Eröffnung eines Auslandsbüros in der Türkei mit Sitz in Istanbul geplant, das von Kadriye Karci geleitet werden wird. Ende vergangenen Jahres erörterte das erste Türkeiforum der Stiftung in Berlin die politische und soziale Lage in dem Land. Gegenwärtig unterhält die Stiftung in der Region zwei Büros in Tel Aviv/Israel und Ramallah/Palästina und unterstützt Projekte in Libanon, Palästina, Israel, Ägypten und in der Türkei. Koordiniert wird die Arbeit von vier Mitarbeiterinnen im zuständigen Referat am Stiftungshauptsitz in Berlin. Unter [www.rosalux.de/international/regionen/naher-osten.html](http://www.rosalux.de/international/regionen/naher-osten.html) finden sich zusätzliche Informationen.

---



Alle Kärtchen fliegen hoch! Beschlussfassung auf der Mitgliederversammlung 2011

AXEL KRUMREY

# TREFFEN DER MOSAIKSTEINCHEN

MITGLIEDERVERSAMMLUNG: DIE STIFTUNG WILL PLURALE LINKE ABBILDEN

**Wenn man die politische und gesellschaftliche Linke in Deutschland als Mosaik begreift, in dem sehr unterschiedliche Teile ihren Platz haben, ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung durchaus Teil dieses Gebildes. Allerdings stellt die Entwicklung der Linken in Deutschland und darüber hinaus ständig neue Anforderungen an die Arbeit der Stiftung.**

Um dem auch strukturell gewachsen zu sein, entschied die Mitgliederversammlung deshalb, eine Satzungskommission einzurichten. Das Gremium soll Vorschläge erarbeiten, die die geltende Satzung ergänzen und präzisieren. Im Fokus stehen die Regelungen zur Mitgliedschaft und die schärfere Aufgabendefinition der einzelnen Satzungsorgane. Ziel soll sein, die Stiftung als Teil jenes linken Mosaiks zu etablieren und darüber hinaus linke AkteurInnen zusammenzuführen. Neben satzungsrechtlichen Fragen standen in der Mitgliederversammlung Mitte November 2011 insbesondere die geschichts- und europapolitischen Elemente der politischen Bildungsarbeit im Fokus. Eine Arbeitsgruppe soll demnach die Aktivitäten der Stiftung im Themenfeld Geschichte stärker bündeln und weiterentwickeln. Thomas Händel, stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Mitglied des Europaparlaments, gab den Mitwirkenden dazu einen Rat mit auf den Weg. Sie sollten die linken und antifaschistischen Wurzeln Europas als Basis einer europapolitischen Grundkonzeption der Linken verstehen. Womit die Verbindung der

beiden Komplexe Europa und Geschichte durchaus fruchtbar gelingen könnte. Neben Thomas Händel schrieb auch Stefan Reinecke, Parlamentskorrespondent der tageszeitung (taz) der Linken den einen oder anderen Rat ins Stammbuch. Er war der Gesprächseinladung der Stiftung gefolgt.

Die Linkspartei, so seine Analyse, sei innerparteilich falsch aufgestellt, um mit Kapitalismuskritik zu punkten. Der Realo-Flügel, der als einziger in der Partei eine Regierungsoption auf Bundesebene realisieren könne, habe de facto nichts zum Problemkomplex Kapitalismus zu sagen. Stattdessen überlasse die Partei Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht das Feld – ausgewiesenen kapitalismuskritischen «Fundis». Beide seien zwar hervorragende AnalystInnen, doch ihre politischen Visionen seien nicht kompatibel mit denen des rotgrünen Lagers. Eine Partei, die das Parlament ernst nehme, müsse jedoch wenigstens ein bisschen regierungsfähig sein. Und hierin – so Reinecke weiter – liege die Crux der LINKEN. Wenn sie sich fortwährend an der SPD, der potenziellen Partnerin, abarbeite, beschränke sie sich auf die Oppositionsrolle. Dies möge kurzfristig stabilisierend für die Partei wirken. Langfristig verwirke sie damit aber ihr gesellschaftliches Veränderungspotenzial – und mache sich selbst verzichtbar.

In der Mitgliederversammlung ernteten Reineckes zugespitzte Positionen nicht nur Applaus. Kritik wurde etwa am oft unsanften bis un-

fairen Umgang der Medien mit der Partei DIE LINKE laut. Doch auch hier ging der taz-Redakteur in die Offensive und wies darauf hin, dass politische Akteure nicht mit Samthandschuhen rechnen dürfen. Im Vergleich zur FDP käme DIE LINKE zudem noch ganz gut weg.

Das eingangs bemühte Bild eines linken Mosaiks, in dem die Stiftung Mosaikstein ist und zugleich mitpuzzelt, wurde indes noch einmal aufgegriffen als die Aufnahme weiterer Vereinsmitglieder auf der Tagesordnung stand. Der Prämisse, eine plurale Linke abzubilden, folgend, wurden sieben Personen als neue Mitglieder in den Trägerverein der Stiftung aufgenommen. Neben der Literaturwissenschaftsstudentin Marwa Al-Radwany und der Journalistin und Autorin Daniela Dahn, wirken nun auch die ehemalige GRÜNEN-Politikerin und aktuelle Büroleiterin der Stiftung in Brüssel, Birgit

Daiber, sowie die Germanistin und Fraktionsreferentin Gabi Ohler in der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit. Außerdem begrüßte die Mitgliederversammlung den Sozialwissenschaftler Richard Detje, den freien Journalisten Karl-Heinz Heinemann und den derzeitigen Bundesvorsitzenden der LINKEN, Klaus Ernst, in ihren Reihen. Rainer Rilling, der lange als stellvertretender Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse in der Stiftung wirkte, wird fortan den Wissenschaftlichen Beirat mit seiner Arbeit bereichern. Der bisherige Vorsitzende des Beirates, Albert Scharenberg, schied aus dem Gremium aus. Er übernimmt gemeinsam mit Stefanie Ehmsen die Leitung des neuen Stiftungsbüros in New York.

**AXEL KRUMREY IST REFERENT IM BÜRO DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

ANNA WEBER

# AROMA DER SOLIDARITÄT

STIFTUNG VERTREIBT FAIR GEHANDELTEN KAFFEE AUS AFRIKA UND AMERIKA

**Internationale Solidarität braucht Informationen aus erster Hand – und konkrete Aktionen, um die Wirklichkeiten materiell zu verändern. Seit wenigen Wochen bietet die Rosa-Luxemburg-Stiftung daher Proben von fair gehandeltem Kaffee an: «Kaffee de Lux».**

Im Bereich Politische Kommunikation brauchte Kaffeeliebhaber und Lateinamerikakenner Stefan Thimmel nicht lange, um seine KollegInnen von der Idee zu überzeugen: Lasst uns fair gehandelte Produkte mit Informationen über die Stiftungsarbeit zusammenbringen. Und so geschah es. Der Kaffee stammt aus Kooperativen in Äthiopien, Tansania und Nicaragua, das Etikett informiert über die Arbeit der Stiftung. Die Proben sind kostenlos, werden auf Veranstaltungen verteilt und helfen, im Streit für eine gerechtere und solidarischere Welt den klaren Kopf zu behalten.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung bezieht ihren «Kaffee de Lux» über zwei Mitgliedsfirmen der Mittelamerika Im- und Export GmbH (Mitka). Trotz einer kapitalistischen Weltwirtschaft betreiben diese faire Handelsbeziehungen, um Kleinbauern und Kleinbäuerinnen zu stärken. Die Beziehungen sind von Solidarität geprägt – und zwar auf beiden Seiten. Die Mitka-Geschäftsführerin Anne Löwisch erläutert: «Mitka zahlte traditionell immer etwas mehr als andere im fairen Handel. Allerdings schwankt der Weltmarktpreis für Kaffee. Der mit Mitka vereinbarte Durchschnittspreis kann daher manchmal unter dem Preis liegen, den die Kooperativen von anderen Händlern bekommen könnten. Dennoch waren die Kooperativen im vergangenen Jahr mit den geringeren Erlösen einverstanden.» Auch wenn es in einem Jahr nicht so gut läuft, bleiben die selbstverwalteten Kooperativen dabei, weil sie wissen, dass sie sich auf ihre PartnerInnen in Deutschland verlassen können. Die Verträge laufen langfristig, die Ernte wird vorab finanziert. Das verschafft den Kooperativen Planungssicherheit, die sie brauchen, um langfristige Projekte zu realisieren.

Trotz der Erfolge überwinden die alternativen Handels- und Produktionsbeziehungen nicht die Strukturen kapitalistischer Privilegierungen und Ausschlüsse. «Wenn die Immobilienblase platzt, dann hat das Auswirkungen auf den Weltkaffeepreis», so Löwisch. Die Mitka orientiert sich zwar an einem Durchschnittspreis und gleicht

kurzfristige Börsenschwankungen aus. Doch Währungsschwankungen und wirtschaftspolitische Abkommen zwischen Regierungen der EU und anderen Ländern behindern das Streben nach solidarischen Alternativen.

Auch in Deutschland begrenzen kapitalistische Verhältnisse die Handlungsmöglichkeiten. Der Zugang zu einer materiell gesicherten Existenz ist ungleich verteilt – und damit auch der Spielraum, der KaffeetrinkerInnen zur Verfügung steht, wenn sie solidarische Projekte durch ihre Kaufentscheidung unterstützen wollen. Allerdings kann die Rosa-Luxemburg-Stiftung als öffentliche Institution im Rahmen mittelgebundener Gelder zunehmend soziale und ökologische Prioritäten setzen. Eine ausführliche Version des Gesprächs mit Anne Löwisch findet sich online unter [www.rosalux.de/kaffee-de-lux](http://www.rosalux.de/kaffee-de-lux) auf der Stiftungs-Homepage.

**ANNA WEBER IST EHEMALIGE STIPENDIATIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND STUDIERT ETHNOLOGIE, POLITIKWISSENSCHAFT UND PSYCHOLOGIE AN DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN**

Hätte Rosa auch geschmeckt: eine Tasse Kaffee de Lux



NS-Unrecht



Jan Korte, Dominic Heilig (Hrsg.)

**KRIEGSVERRAT**VERGANGENHEITSPOLITIK  
IN DEUTSCHLANDAnalysen, Kommentare  
und Dokumente einer Debatte

208 SEITEN, BROSCHUR, MIT 13 ABBILDUNGEN

14,90 EURO, ISBN 978-3-320-02261-7

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

HOLGER POLITT

**DAS LANGE RINGEN  
UM WIEDERGUTMACHUNG**

DIE DEBATTE UM DEN UMGANG MIT «KRIEGSVERRÄTERN»

**Der Erste Weltkrieg endete für Deutschland mit einer Niederlage. Doch der nationalistische Wahn, in dem viele Deutsche in den Krieg gezogen waren, wurde durch den Vertrag von Versailles nicht gemildert – er erhielt neue, noch giftigere Nahrung.**

Die Inflation von 1923 enteignete die Mittelschicht, die Weltwirtschaftskrise ließ die deutsche Gesellschaft abermals abstürzen. So entstand Anfang der 1930er Jahre der Boden, auf dem die Nazis gedeihen konnten. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg, die Erfahrungen von Stalingrad und Auschwitz, geboten dem Stolz auf das Deutschtum Einhalt – zumindest öffentlich. Je nach Besatzungszone sollten die Deutschen jetzt zu AntifaschistInnen oder DemokratInnen werden. Nationalismus war tabu, allerdings gab es Ersatzideologien: im Osten den (anti-amerikanischen) Antiimperialismus, im Westen den bewährten (antiso-wjetischen) Antikommunismus.

Doch die totale Niederlage – militärisch und moralisch – hatte den Nationalismus nicht ausgerottet, nur in Nischen abgedrängt. Im Osten wurde er ab 1980 mit antipolnischer Stoßrichtung wieder geduldet. Im Westen richtete er sich mit Vorliebe gegen Opfergruppen der NS-Herrschaft, Menschen jüdischer Herkunft ausgenommen. Homosexuelle zum Beispiel wurden nicht etwa entschädigt, sondern bis 1969 weiter verfolgt. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik wurden sogar die heute so gern geehrten Widerstandskämpfer des 20. Juli als Verräter denunziert.

Jan Korte und Dominic Heilig haben nun eine Geschichte der sogenannten «Kriegsverräter» geschrieben, der Kriegskritiker aus den Reihen der Wehrmacht, sowie der Deserteure und Opfer der NS-Militärjustiz. Am Beispiel von Ludwig Baumann von der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e.V. wird diese Geschichte erzählt. Es folgt eine ausführliche Rekonstruktion des Kampfes um Rehabilitierung, der im Jahr 2006 mit einem Gesetzesentwurf begann und 2009 mit dem Sieg des Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Jan Korte, und seines Mitarbeiters Dominic Heilig endete –

gegen den zähen Widerstand der Mehrheit der Abgeordneten der anderen Fraktionen. Schon die Vorgeschichte dieser Auseinandersetzung ist bemerkenswert. Im Jahr 2002 schickte sich die rotgrüne Bundesregierung an, die NS-Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure aufzuheben. Der Gesetzesentwurf erstreckte sich jedoch nicht auf «Kriegsverräter». Bereits im März 2001 hatte die PDS-Fraktion einen Antrag auf Aufhebung der Urteile gegen Deserteure in den Bundestag eingebracht. Über die anschließende Diskussion schreibt Dominic Heilig: «In der ersten Lesung zu dem Antrag der PDS-Fraktion erklärte die Rechtspolitikerin Margot von Renesse (SPD): «Zu dem Antrag der PDS braucht nicht viel gesagt zu werden, weil nichts zu entscheiden ist außer seiner Ablehnung. Der Antrag ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht, und er ist die Zeit nicht wert, die man zu seiner Ablehnung benötigt.» (...) Was die SPD-Abgeordnete seinerzeit übersah, ist die Tatsache, dass der von der PDS-Fraktion eingebrachte Antrag auf einen Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion zurückgriff.» (S. 70 f.) Korte/Heilig haben auch die offiziellen Wortprotokolle der Sitzungen, auf denen die Rehabilitierung der «Kriegsverräter» behandelt wurde, veröffentlicht. Es sind Dokumente der Verleumdung, der absichtsvollen Lüge, des Taktierens und Feilschens. Norbert Geis (CDU/CSU) etwa tönte noch im Mai 2007: «Wer desertiert ist, um die eigene Haut zu retten und um beim Feind überhaupt aufgenommen zu werden, auch die Stellungen seiner Kameraden verriet, hat sich nach allen Maßstäben der zivilisierten Welt verwerflich verhalten. Durch die generelle Aufhebung dieser damaligen Urteile wegen Kriegsverrates aber würde ein solch verwerfliches Verhalten nachträglich sanktioniert.» (S. 150 f.)

Die Urteile gegen «Kriegsverrat» hob der Bundestag am 8. September 2009 auf; den Antrag hatten alle Fraktionen eingebracht – bis auf die der LINKEN. Das war die Bedingung der anderen für ihre Zustimmung gewesen.

**HOLGER POLITT IST REFERENT FÜR GESCHICHTSPOLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**



15.–18. MÄRZ 2012

# DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG AUF DER LEIPZIGER BUCHMESSE

PRÄSENTATIONEN IN HALLE 5 UND BEI DER STIFTUNG IN DER INNENSTADT

**DONNERSTAG, 15. MÄRZ**

**15 UHR: «DIE BÜHNE»**

**ROSA LUXEMBURG: DIE LIEBESBRIEFE**

Hrsg. und vorgestellt von Jörn Schüttrumpf  
320 SEITEN, 5 ABB., HARDCOVER, 24,90 EURO  
ISBN 978-3-320-02232-7, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Rosa Luxemburg (1871–1919) ist in Deutschland eine der unbekanntesten Bekannten. Es gibt fast niemanden, der ihren Namen nicht wenigstens schon einmal gehört hat. Doch von dem, was sie wollte, weiß kaum jemand etwas. Ihr Privatleben musste die unverheiratete Rosa Luxemburg diskret führen. Mit Klischees räumt man am sichersten auf, wenn man über die Sache selbst redet. In diesem Falle ist es die Liebe. Aus den in sechs Bänden verstreut vorliegenden Briefen an ihre Partner wird hier eine Auswahl vorgelegt.

**DONNERSTAG, 15. MÄRZ**

**16:30 UHR: «DIE BÜHNE»**

**19:30 UHR: RLS SACHSEN**

**GEGEN NAZIS SOWIESO**

LOKALE STRATEGIEN GEGEN RECHTS  
Mit den Autoren Yves Müller und Benjamin Winkler

96 SEITEN, BROSCHUR, 7,50 EURO

ISBN 978-3899654837, VSA VERLAG HAMBURG

Welche Strategien verfolgen die Rechten in den Kommunen? Wie nutzen sie kommunale Gremien, Vereine, Jugendeinrichtungen und öffentliche Orte? Und was können wir dagegen tun? Eine demokratische und antifaschistische Zivilgesellschaft – Bündnisse, Parteien, Kommunalverwaltung und Sozialarbeit – steht vor der Herausforderung, den Rechten nicht das Feld zu überlassen und dabei Gegenstrategien und Alternativen zu entwickeln. In diesem Buch werden lokale und überregionale Probleme aufgezeigt und mögliche Formen der zivilgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Auseinandersetzung mit NPD und Co. vorgestellt und erörtert.

Eine Kooperationsveranstaltung der Kommunalakademie der RLS, RLS Sachsen und des VSA: Verlags.

**FREITAG, 16. MÄRZ**

**13 UHR: «DIE BÜHNE»**

**14 UHR: SACHBUCHFORUM**

**JOSSIF STALIN ODER:**

**REVOLUTION ALS VERBRECHEN**

Hrsg. und vorgestellt von Wladislaw Hedeler  
144 SEITEN, 9 ABB., BROSCHUR, 8,90 EURO  
ISBN 978-3-320-02266-2, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Kaum ein Mensch hat das 20. Jahrhundert so geprägt wie Jossif Stalin. Stalin war der illegitime Erbe der russischen Revolution des Jahres 1917. Ab 1922 als Generalsekretär für die Organisation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zuständig, riss er binnen weniger Jahre alle Macht an sich. Noch heute wird der Massenmörder von nicht wenigen Menschen verehrt – überall auf der Welt.

**FREITAG, 16. MÄRZ**

**18 UHR: RLS SACHSEN**

**EINE REISE NACH ISRAEL**

Buchvorstellung mit Ali Salem, ägyptischer Autor und Träger des Zivilcouragepreises der Train Foundation. In Zusammenarbeit mit dem AphorismaA-Verlag.

**SAMSTAG, 17. MÄRZ**

**14:30 UHR: «DIE BÜHNE»**

**KRIEGSVERRAT**

VERGANGENHEITSPOLITIK IN DEUTSCHLAND

Hrsg. und vorgestellt von Jan Korte und Dominic Heilig (siehe auch Seite 34)

**SAMSTAG, 17. MÄRZ**

**18 UHR: RLS SACHSEN**

**POLYLUXMARX**

BILDUNGSMATERIAL ZUR KAPITALEKTÜRE, ERSTER BAND  
Mit Valeria Bruschi, Antonella Muzzupappa, Sabine Nuss, Anne Steckner, Ingo Stütze  
136 SEITEN, INKL. CD/POWERPOINT, 19,90 EURO  
ISBN 978-3-320-02286-0, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Die Krise sorgt für eine erneute Beschäftigung mit Marx' Gesellschaftsanalyse. Insbesondere eine jüngere Generation liest wieder das Kapital. PolyluxMarx möchte diesen Prozess unterstützen. Das Arbeitsmaterial ist eine Sammlung kommentierter PowerPoint-Folien. Zentrale Argumentationsgänge des Kapital werden illustriert, einführende Texte und knappe Hinweise zu Methode und Didaktik sollen die Lektüre erleichtern. Veranstaltung des Karl Dietz Verlages Berlin, der RLS und der RLS Sachsen e.V.

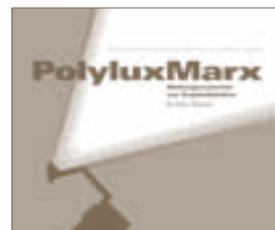
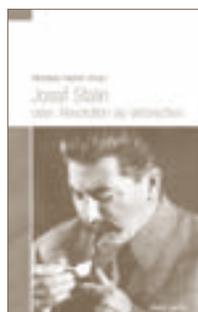
**SAMSTAG, 17. MÄRZ**

**20:30 UHR: RLS SACHSEN**

**GEGEN DIE ARBEIT**

ÜBER DIE ARBEITERKÄMPFE IN BARCELONA UND PARIS 1936–1938  
Buchvorstellung mit Lou Marin. Gemeinsam mit dem Verlag Graswurzelrevolution.

**«Die Bühne»:** Halle 5, Stand A 300  
**RLS Sachsen:** Harkortstr. 10, 04107 Leipzig  
**Sachbuchforum:** Halle 5, Stand B 210  
**dietz berlin/Stiftung:** Halle 5, Stand C 406



**«Die europäische Integration hat eine europaweite Oligarchie hervorgebracht. Unternehmen, Funktionäre in den Nationalstaaten und in der EU brauchen keine geheimen Treffen, um gemeinsam zu handeln. Die Mechanismen der Integration produzieren das gemeinsame Interesse. In dieser Beutegemeinschaft brechen nun Widersprüche auf. Doch wenn heute wieder die nationale Karte gespielt wird, geschieht das unter anderen Vorzeichen. Nationalen Lösungswegen hat die europäische Integration enge Grenzen gesetzt.»**

LUTZ BRANGSCH